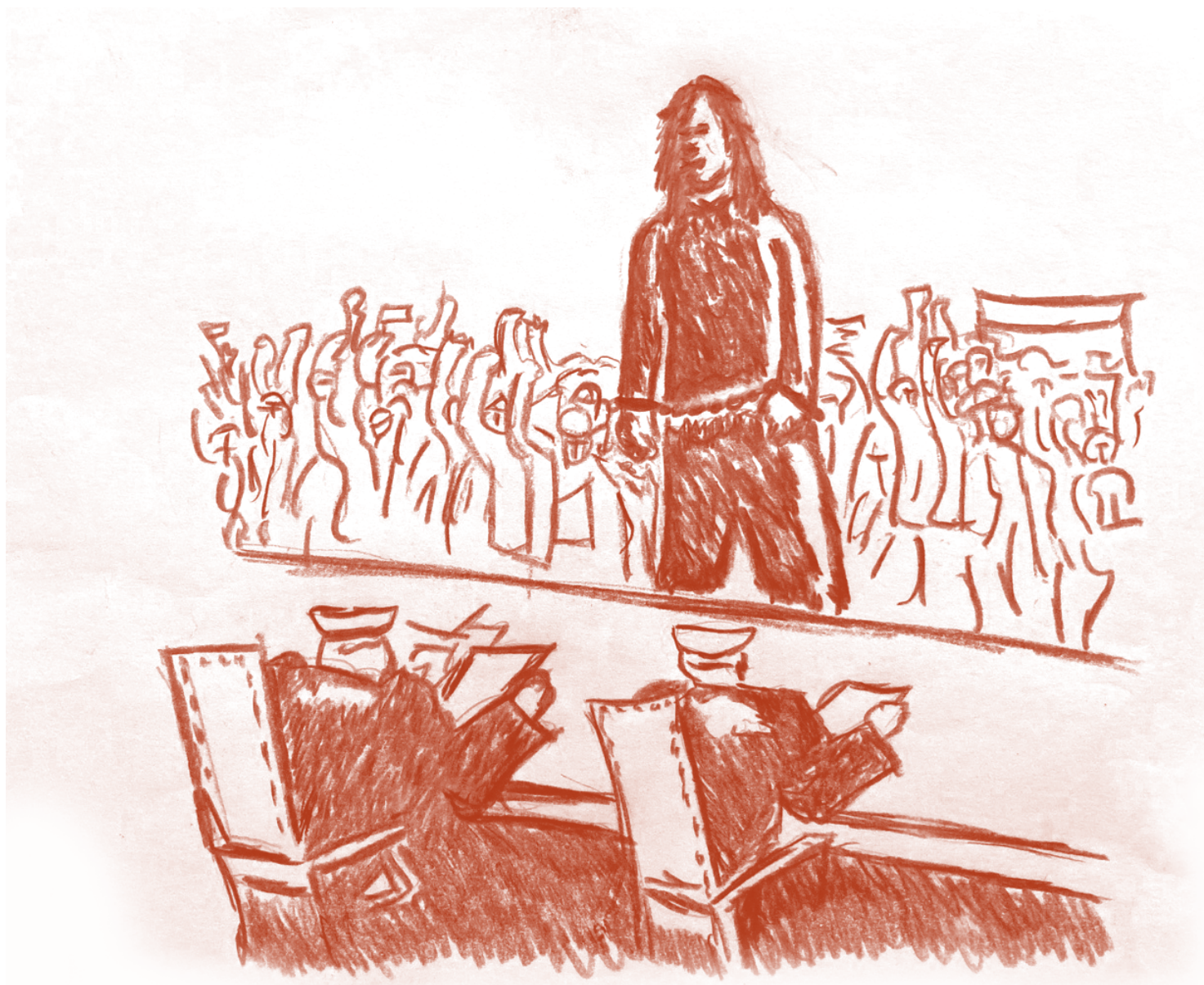


KUBA Im Kreuzfeuer des Imperialismus	5
BASEL NAZI FREI Der Widerstand wächst	6
CORONASKEPTIKERINNEN DEMASKIERT Wer steckt dahinter?	11
PARAGUAY Die Guerilla regt sich	13



POLITISCHE PROZESSE

Recht ist Macht und Gewalt

Reden wir von politischen Gerichtsprozessen ist es hilfreich, Gedanken über Begrifflichkeiten wie «Rechtsstaat», «Recht» und «Justiz» anzustellen. Das hilft, die Ziele in politischen Verfahren zu definieren

(gpw) In der Welt der bürgerlichen Demokratie und des Rechtsstaates bewegt sich das Kapital wie ein Fisch im Wasser. Indirekt übt es seine Macht aus über seine VertreterInnen und LobbyistInnen in Parlament, Verwaltung und Regierung, meist durchaus sicher. Eingebettet ist diese bürgerliche Demokratie im Rechtsstaat. Dieser steht für Rechtssicherheit: Gesetzgeber, Regierung und Justiz (Staatsanwaltschaft, Gerichte) müssen sich an die Gesetze und Verfassung halten, theoretisch. Dafür und nur dafür steht Rechtsstaatlichkeit. Freilich, der Anspruch wird längst nicht immer eingehalten. Ein Beispiel lieferte das Bundesstrafgericht im Sommer 2017 im Rahmen des Auslieferungsbegehrens des spanischen Staates gegen Nekane Txapartegi. Das Begehren wurde gutgeheissen, obwohl klar war, dass sie gefoltert worden war und die Antifolterkonvention einem Richter verbietet, sich auf Entscheide zu stützen, die auf erfolgten Aussagen beruhen. Dass damals keine Auslieferung erfolgte, lag am Rückzug des Antrags durch Spanien. Oder ein Beispiel aus einem anderen Rechtsgebiet: Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben «Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit», wie seit 20 Jahren ohne Konsequenzen in der Bundesverfassung steht. Der Widerspruch von Verfassungswirklichkeit und Verfassungsrecht, die Differenz

von Sein und Sollen, gehört zum Alltag. Ein Rechtsstaat ist auch ein Unrechtsstaat und, Rechtssicherheit heisst nicht rechtsrichtig. Wer in einem Staat lebt, der sich als Rechtsstaat versteht, geniesst zwar eine gewisse Rechtssicherheit. Wenn es aber den TrägerInnen der herrschenden Ordnung nicht passt, sind die Grundsätze für sie antastbar, abhängig vom Kräfteverhältnis involvierter Interessen.

Ein Gesetz fällt nicht vom Himmel

Recht, Gesetze und Verfassung sind das Produkt von Interessen- allen voran Klassenkämpfen, die in der bürgerlichen Demokratie meistens von den TrägerInnen gesellschaftlicher Macht entschieden werden. Sind die Klasseninteressen aber in Gesetz und Recht gegossen, verschwinden sie aus unserem Blickfeld. Die Verrechtlichung und Vergerichtlichung von Interessengegensätzen vernebelt unseren Blick und lässt Viele glauben, Recht sei neutral und beruhe auf einem entpolitisierten Konsens. Recht ist aber nie neutral. Als Resultat von Interessenkämpfen hat es nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Die Gerechtigkeit wohnt in einer Etage, zu der die Justiz keinen Zugang hat, wie Friedrich Dürrenmatt bemerkte. Natürlich sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich, und das Recht verbietet in seiner majestätischen Gleichheit den Armen und Reichen gleichermassen auf Strassen zu betteln und Brot zu stehlen (Anatole France). Hilfreich ist das für den Bettler nicht. Die Losung von Gleichheit und Freiheit ist Heu-

chelei, wenn die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln nicht gestellt wird, meinte Wladimir Iljitsch Lenin. Das Rechtsstaatsprinzip vermag daran nichts zu ändern.

In «Der Verdacht (Kommissär Bärlach)» lässt Dürrenmatt eine Romanfigur, die als deutsche Jüdin und Kommunistin als Folge des Stalin Hitler Paktes von Moskau direkt in ein deutsches Konzentrationslager gelandet war, sagen: «Das habe ich mir schon gleich gedacht, dass Sie [Kommissar Bärlach] zu jener Sorte von Narren gehören, die auf die Mathematik schwören. Das Gesetz ist das Gesetz. $X = X$. Die ungeheuerlichste Phrase, die je in den ewig blutigen, ewig nächtlichen Himmel stieg, der über uns hängt, lachte sie. Wie wenn es eine Bestimmung über Menschen gäbe, die ohne Rücksicht auf das Mass der Macht gelten könnte, die ein Mensch besitzt! Das Gesetz ist nicht das Gesetz, sondern die Macht; dieser Spruch steht über den Tälern geschrieben, in denen wir zugrunde gehen ... Wenn wir Gesetz sagen, meinen wir Macht; sprechen wir das Wort Macht aus, denken wir an Reichtum ... Das Gesetz ist der Reichtum, das Gesetz sind die Kanonen, die Trusts, die Parteien; was wir auch sagen, nie ist es unlogisch, es sei denn der Satz, das Gesetz sei das Gesetz, der allein die Lüge ist».

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- 3 Zurück zu «Business as usual»
- 4 Protest am Flughafen Zürich
- 5 Kuba: Mit dem Rücken zur Wand
- 6 Basel Nazifrei
- 8 200 Jahre Friedrich Engels
- 9 Leben in der Stadt: Ausgestorbene Räume
- 10 Waldbesetzung in der Waadt
- 11 Das Virus und seine SkeptikerInnen
- 12 Brasilien: Wunschkandidat der Märkte
- 13 Die paraguayische Volksarmee
- 14 Interview: Was die Jugend antreibt
- 16 Elsa Dorlin: Gewalt ist die Antwort, keine Frage

POLITISCHE GEFANGENE

Zurück auf der Parkbank!

Im Juli 2019 wurden drei Anarchistische GenossInnen in Hamburg von einer Parkbank weg verhaftet. Ihnen wurde das Mitführen von brennbaren Flüssigkeiten sowie Vorbereitung zu Straftaten vorgeworfen. Zwei Genossen sassen bis zum Prozess im letzten November in Untersuchungshaft, die Dritte Genossin wurde mit Meldeauflagen entlassen. Während der U-Haft Zeit wurden unzählige Solidaritätsaktionen für die «3 von der Parkbank» durchgeführt und auf einem Blog veröffentlicht. Die AnarchistInnen haben sich nicht brechen lassen und haben eine äusserst klare und kämpferische Prozessklärung vor Gericht gehalten:

[...]

Als Anarchist*innen lehnen wir Gerichte grundsätzlich ab. Sie sind Institutionen der Durchsetzung von Herrschaft. Das Schweigen in diesem Prozess ist uns nicht immer leicht gefallen angesichts der arroganten, zynischen Frechheiten, mit denen wir das ganze Verfahren über konfrontiert waren. Uns ist allerdings wichtig darauf hinzuweisen, dass wir es hier keineswegs mit aus dem Rahmen fallenden Tabubrüchen zu tun haben. U-Haft als Massnahme zur Kooperationserpressung, Durchwinken illegaler Ermittlungsmassnahmen ... ganz normaler Alltag im Justizsystem. Wir sehen keine Perspektive darin, solche Zustände zu skandalisieren – wir glauben nicht an die Möglichkeit einer «fairen» Justiz. Womit wir nicht meinen, dass es unsinnig ist, diese Symptome einer, immer im Interesse der herrschenden Ordnung wirkenden, Institution zu benennen. Wir schlagen auch nicht vor, sich im Zynismus dieser Institution gegenüber einzurichten.

Viel wichtiger finden wir aber, der Repression gegenüber einen aktiven, selbstbewussten und selbstbestimmten Umgang zu finden. Von ihnen haben wir nix zu erwarten, von uns selbst und den Menschen, mit denen wir kämpfen dafür umso mehr!

[...]

Natürlich haben wir auch Angst vor der Willkür und der Gewalt der Herrschenden, aber wir sind nicht naiv und wissen, dass es sich langfristig nicht auszahlt, ihren Erpressungen nachzugeben. Wenn wir von dem Standpunkt ausgehen, dass die Höhe des Urteils nicht der wichtigste Maßstab für uns ist, sondern andere Dinge wie uns selbst treu zu bleiben, uns nicht brechen zu lassen, und sich davon ausgehend ihren Kategorien zu verweigern, bedeutet das auch mit den daraus resultierenden Konsequenzen einen Umgang zu finden. Und diesen müssen wir individuell als auch kollektiv finden, unter uns und gemeinsam mit unserem Umfeld und mit allen Mitstreiter*innen.

[...]

Wir sind voller Vorfreude auf die Straßen zurückzukehren und wieder ohne Mauern, Gitter und Scheiben zwischen uns, Seite an Seite zu kämpfen.

Für die soziale Revolution! Für die Anarchie! Freiheit für alle!

Mehr infos auf www.parkbanksolidarity.blackblogs.org



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Editorial

(red) Das vergangene Jahr stand in vieler Hinsicht ganz im Zeichen der Pandemie. Kaum ein Lebensbereich blieb davon unbetroffen. Vieles, was vor einem Jahr unvorstellbar war, wurde plötzlich zur Normalität. Im Frühling erklärte der Bundesrat die ausserordentliche Lage, das ist denn auch seither allgemeiner Konsenz: Das 2020 war ein aussergewöhnliches Jahr.

Auf den zweiten Blick stellt sich aber die Frage: Waren die Auswirkungen der Pandemie wirklich so aussergewöhnlich? Die steigende Arbeitslosigkeit hat prekär Beschäftigte weitaus härter getroffen als alle anderen. Für die Wirtschaft werden unzählige Menschenleben aufs Spiel gesetzt

Beschäftigte im Gesundheitswesen machen eine gesellschaftlich absolut notwendige Arbeit unter prekärsten Umständen. Das alles war vor der Pandemie genau gleich. Viele der Themen, die durch Corona in den Fokus gesellschaftlicher Diskussionen rücken, wurden durch die Auswirkungen der Pandemie lediglich verdeutlicht oder verschärft. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt zeigt dies besonders klar: Prekär beschäftigte Menschen in Gastronomie oder in der Eventbranche sind ihren Job los, oft ohne grosse Aussichten auf eine baldige Neubeschäftigung.

Migrantischen ArbeiterInnen droht im Extremfall die Ausweisung aus der Schweiz wenn sie den Job verlieren – sie können hier nicht mehr gewinnbringend ausgebeutet werden und sollen drum weg. Sans-Papiers, die oft gezwungen sind schwarz zu arbeiten, erhalten weder Kurzarbeitsentschädigung noch Sozialhilfe. Kinderbetreuung und Care-Arbeit wird vor allem von Frauen geleistet – eine Aufgabe, die durch die Pandemie krass gewachsen ist. Das heisst: Zu einer verschärften Situation am Arbeitsplatz kommt eine Mehrbelastung daheim.

Die aktuelle Lage ist alles andere als ausserordentlich. Die Krise wird auf jene abgewälzt, die auch vor der Pandemie schon am meisten unter der Ausbeutung unseres Wirtschaftssystems litten.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

GLOSSE

Endlich! Die SPD wird wieder revolutionär.

Wir sind nicht dafür bekannt, Wahlempfehlungen abzugeben. Doch da die SPD mit ihrem Kanzler-Kandidaten Olaf Scholz endlich wieder zurück in unser Lager wechselt, wollen wir eine Lanze für diesen charismatischen Politiker brechen.

(gpw) Am 24. Oktober 2021 finden in Deutschland die nächsten Bundestagswahlen statt. Angela Merkel, die seit 2005 Bundeskanzlerin ist, wird nicht mehr antreten. Die gewieften SPD-StrategenInnen haben sich darum etwas Neues einfallen lassen. Denn die SPD, ja die Sozialdemokratie im Allgemeinen, steckt in der Krise. In den goldenen Zeiten der 1970er Jahren holte die Partei noch Wähleranteile von mehr als 45%. Bei der Europawahl 2019 waren es knapp noch 16%. Nicht so toll... Da hat die Partei wohl einiges falsch gemacht. Doch die SPD besann sich und hat nun ein neues Rezept zum Erfolg! Nachdem sie in den letzten drei Bundestagswahlen 2009 (-11.2%), 2013 (+2.7%), 2017 (-5.2%) jeweils mit einem rechten Kandidaten des sogenannten Seeheimer Kreises so richtig Schiffbruch erlitt, entschieden sich die StrippenzieherInnen für etwas ganz Neues: Sie kürten Olaf Scholz, einen Kandidat des immer gleichen Seeheimer Kreises, zum Kanzlerkandidaten. Dieser Kreis bezeichnet sich selber als undogmatisch und pragmatisch – das ist mal eine Ansage, die frischen Wind verspricht!

Doch wofür steht Olaf Scholz? Warum empfehlen wir ihn unseren deutschen Genossinnen und Genossen zur Wahl? Scholz steht für eine antisoziale Politik. Er half Kanzler Schröder dabei, die Politik der Agenda 2010 durchzusetzen, stellte sich gegen eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze und hielt an verschärften Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose fest. Auch in der Klimapolitik geht diese frische und unverbrauchte Kraft, dieser Shootingstar der SPD neue Wege. Das 2019 ausgehandelte Klimapaket, bei dem er massgeblich beteiligt war, bezeichnet er selbst als «grossen Wurf», wen kümmert's, dass eine Ökonomin des Instituts für Wirtschaftsforschung denselben «Wurf» als sozial ungerecht anprangerte und kritisierte, dass das Paket die Klimaziele nicht erfülle. Schliesslich steht Scholz als Hamburger Bürgermeister für die Polizeigewalt während den G20 Protesten von 2017.

Scholz ist sich aber auch nie zu schade, das Kapital zu hofieren. So ist er in den sogenannten Cum-Ex Skandal, den grössten Steuerskandal der deutschen Geschichte, verwickelt. Dank Scholz' laissez faire-Haltung verjährte die Möglichkeit, von einer Privatbank 47 Millionen Euro zurückzufordern. Scholz lobbyierte ausserdem auch für den Betrügerkonzern Wirecard. Zudem ist davon auszugehen, dass mit Scholz als Kanzler die bisherigen SPD-Standards in Bezug auf Waffenexporte und Kriegsbeteiligungen auch garantiert nicht verschärft werden. Die Kriegsgebeutelten in aller Welt werden's danken.

Die Liste seiner Verdienste wäre noch lange. Man braucht keine gefitzte AnalystIn zu sein, um darin eine solide, anständig linke, ja gar revolutionäre Politik zu erkennen. Dank Scholz wird die SPD sich wieder auf ihre Wurzeln zurückbesinnen und auf den Weg des Erfolgs zurückfinden. Wir rufen «Kölle Olaf» und wünschen Schulz Hals- und Beinbruch – im wahrsten Sinne des Wortes.

Rote Welle
LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr



Die scheidende Trump-Administration – hier US-Aussenminister Pompeo (r.) mit dem israelischen Aussenminister Ashkenazi (l.) in den besetzten Golanhöhen – versucht vor Amtsende, aussenpolitisch vollendete Tatsachen zu schaffen.

IMPERIALISMUS

USA: Zurück zu «Business as usual»

Auf Donald Trump folgt mit Joe Biden ein neoliberaler, demokratischer Hardliner. Bidens aussenpolitische Leitlinie «Amerika ist zurück und bereit, die Welt zu führen» kommt einer militärischen Drohung gleich.

(gpw) Nach einigen Wochen der Spekulation darüber, ob und wie der amtierende US-Präsident Donald Trump die Stabsübergabe an seinen Nachfolger Joe Biden sabotieren würde, scheint klar, dass ab Ende Januar 2021 wieder ein Demokrat die Geschicke im Weissen Haus leiten wird. Was Trump letztlich zum Einlenken bewog sei dahingestellt, die grossen Player der US-Wirtschaft äusserten sich in dieser Phase auf alle Fälle unmissverständlich und forderten ihn dazu auf, Platz zu machen. Ein schönes Beispiel dafür, wie das Verhältnis zwischen Staat und Kapital in bürgerlichen Demokratien ausfällt.

Im Inland kam es nach der Meldung, dass Biden gewählt sei, zu spontanen Feiern auf der Strasse. Die Abwahl Trump's, der die hässliche Fratze eines sich im Niedergang befindenden Systems personifiziert, freut all jene, die in den vergangenen Jahren unter der reaktionären Politik und Mobilisierung litten, an deren Spitze er stand. Mit dem Wechsel zu Biden dürfte ein Teil des dadurch verursachten zusätzlichen Drucks, welcher sich gegen die Klasse in den USA richtete, wegfallen. Nach vier Jahren offen reaktionärer Krisenbewältigungsstrategie folgt nun innenpolitisch ein reformistisch angehauchter Ansatz zur Navigation des kapitalistischen Elends.

«America is back»

Im Gegensatz zu Trumps erratischen Zügen, die - trotz allgemeiner rechter Tendenz - immer wieder für überraschende Wendungen gut waren, repräsentiert Biden Positionen, die bestens bekannt sind. Er ist seit den 70er-Jahren Teil des demokratischen Establishments im Land und verspricht Kontinuität zur Ära unter Barack Obama, an dessen Seite er Vize-Präsident war. Kein Wunder, dass die Think Tanks der Bourgeoisie weltweit seine Wahl als eine Rückkehr zu «business as usual» interpretieren, was aussenpolitisch in erster Linie eine offensive multi- statt unilaterale Strategie zur Durchsetzung US-imperialistischer Interessen bedeutet, sicher aber keine Abkehr vom Einsatz militärischer Mittel.

Weder Bidens eigene Geschichte noch jene der vergangenen zwei US-Administrationen mit Demokraten an der Spitze - Bill Clinton von 93-01, Obama von 09-17 - lassen daraufhin deuten. Biden rühmt sich gerne seiner Rolle als Pionier der NATO-Intervention in Bosnien und Herzegowina, die eine wesentliche Etappe in der von aussen forcierten Zerschlagung Jugoslawiens darstellt, und brauchte nach seiner Wahl nur wenig Zeit, bevor er auf Twitter ankündigte: «America is back ... and ready to lead the world» (Amerika ist zurück und bereit, die Welt zu führen). Eine Ansage, die für viele weltweit angesichts ihrer bisherigen Erfahrungen mit dem US-Imperialismus wohl eher einer Drohung gleichkommt.

Die Kontinuität, die er darstellt, ist also jene einer dezidiert interventionistischen Haltung. Zur Seite ste-

hen ihm dabei Figuren, die in diesem Gebiet Erfahrung vorzuweisen haben. Aussenminister wird Antony Blinken, welcher bereits unter Clinton und Obama die US-Aussenpolitik prägte. In dieser Zeit begrüsste er 2011 etwa die Intervention in Libyen gegen Ghaddafi, verteidigte 2014 die Waffenlieferungen an Jihadisten zur Bekämpfung von Assad in Syrien und äusserte immer wieder Unterstützung für Erdogan als «loyalen NATO Partner». Die Geheimdienste sollen künftig von Avril Haines übersehen werden. Auch sie war Teil der Obama-Administration und ist dafür bekannt, in dieser Zeit als hohe Charge der CIA die Exekutionen per Drohne forciert zu haben. Beide - Blinken und Haines - verbindet darüber hinaus die Arbeit bei WestExec Advisors, eine Consultingfirma ehemaliger Obama-MitarbeiterInnen, bei der sich die Zeit zwischen der einen und der anderen Administration wohl ganz gut überwindern liess.

Im Osten nichts Neues

Wenn auch die Ansätze zur Konfliktbewältigung von einer Administration zur anderen variieren mögen, so bleiben doch die Konfliktfelder an sich sowie die strategischen Interessen der USA mehr oder minder konstant. Die zentrale Auseinandersetzung der kommenden Jahre ist jene mit der Volksrepublik China, dem erklärten strategischen Gegner der USA. Die Konfrontationslinie mit der VR China wurde 2011 mit der Doktrin des «Pazifischen Jahrhunderts» von der damaligen Aussenministerin Hillary Clinton postuliert und von der Trump-Administration mit den Leitlinien «Free and Open» von 2017 fortgesetzt. Alles andere als eine Kontinuität derselben allgemeinen Linie wäre eine ausserordentliche Überraschung.

Die Hinwendung am einen Ort geht mit einer Abwendung am anderen Ort einher. Der langsame und langfristige Rückzug von US-Truppen aus dem Mittleren und Nahen Osten entspricht dieser Umorientierung der US-Aussenpolitik. Das Ziel ist weniger «boots on the ground», denn weder der Afghanistan- noch der Irakkrieg sind innenpolitisch beliebt. Die Folgen dieser verlorenen Kriege, die vor bald zwanzig Jahren vom Zaun gebrochen wurden, sind und bleiben desaströs. Das heisst nicht, dass sich die USA gänzlich aus der Region zurückziehen, aber dass sie eher Einfluss zu nehmen versuchen mittels Ansätzen, die weniger direkt militärische Mittel binden (wie die aktive Bündnispolitik mit Israel und Saudi-Arabien gegen den Iran).

Mit der Wahl von Joe Biden verschärfen sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Kontrahenten Frankreich und Deutschland. Die ablehnende Haltung Trumps gegen die NATO waren Wasser auf die Mühlen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und kamen einer eigenständigen französischen und, wo unbedingt nötig, europäischen Aussen- und Militärpolitik entgegen. Die Freudenklänge der deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kamp-Karrenbauer über die Rückkehr der USA und die damit verbundene Hoffnung, die EU könne auf eine eigenständige militärische Struktur verzichten, wies Macron entsprechend harsch als «Fehlinterpretation der Geschichte» zurück.



Protestversammlung der Swissport-Belegschaft am 11. September dieses Jahres.

STREIK

«Den Flughafen als Ganzes ins Auge nehmen.»

Am 11. September 2020 kam es am Flughafen Zürich-Kloten zu einer Protestkundgebung der Swissport-Belegschaft. Es war dies der erste grössere und sichtbare Arbeitskonflikt in der Deutschschweiz seit dem Corona-Lockdown. Wir haben mit Patrick (Name geändert) über die Situation der Beschäftigten am Flughafen gesprochen – er arbeitet seit über vier Jahren bei der Firma Swissport und kennt die Umstände.

(az) Hallo Patrick, kannst du erzählen, wie es zu diesem Konflikt bei Swissport kam?

Swissport wollte aufgrund der wirtschaftlichen Lage den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) neu verhandeln. Sie sind dabei so tief eingestiegen, dass die Gewerkschaften vorläufig nicht mehr mit ihnen sprechen wollten. Um ein Zeichen zu setzen, entschied man sich für eine Kundgebung. Das war – so glaube ich – nach der ersten oder nach der zweiten Verhandlungsrunde. Da wurde der Druck von der Strasse benötigt. Und du warst ja auch dabei.

Kannst Du etwas zur Ausgangslage sagen; Gibt es auch Forderungen von der Belegschaft?

Wir haben keine Forderungen, Swissport hat Forderungen! Sie wollen den GAV so verändern, dass es für Swissport besser ist. Es geht für uns nicht darum, eine Lohnerhöhung durchzusetzen, sondern den Besitzstand zu wahren, also keine Verschlechterungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Natürlich sprechen momentan alle von Corona und sind sich bewusst, dass es der Wirtschaft schlecht geht. Und es kursieren verschiedene Zahlen: Im September 2020 gabs 2661 Flüge, das waren 70% weniger als im September 2019. In der gleichen Periode wurden 83% weniger Passagiere befördert. Die Arbeiter (Anmerkung: Im Ground Handling arbeiten fast nur Männer) wissen, dass es nicht gut aussieht für die ganze Fluggesellschaft. Sie sind tendenziell auch bereit, einen Schritt entgegenzumachen. Die Swissport will aber die Löhne bis zu 20% kürzen. Es gibt viele, die sehr flexibel arbeiten. Grundsätzlich verdienst du als Betriebsarbeiter bei Swissport etwa CHF 3'900 netto. Da sprechen wir jetzt nicht nur von Zwanzigjährigen, die keine Verpflichtungen haben, sondern auch von Vierzig- oder Fünfzigjährigen, viele von ihnen haben Kinder. Da ist es schwierig, von diesen CHF 3'900 nochmals 20% wegzunehmen. Denn es wird auch erwartet, dass du ein Auto hast, du musst morgens um 4.45 Uhr am Flughafen sein. Viele wohnen weiter weg und auch das Auto kostet Geld. Manche haben zwar kein Auto, aber die wohnen unmittelbar in Kloten und das sind nicht viele. Du arbeitest oft am Wochenende oder jedes Jahr an Weihnachten. Wenn du eine Familie hast, und diese Arbeit zu diesem Lohn tust, dann verstehe ich, wenn viele Mitarbeiter sagen, das wollen wir nicht.

Die Gewerkschaften haben befristete Lohnkürzungen vorgeschlagen, Swissport wollte das nicht. Swissport will die Gelegenheit jetzt für langfristige Lohnkürzungen nutzen, darum finden aktuell keine Gespräche mehr statt. Es wird nämlich behauptet, dass die Lufthansa ihre Kosten insgesamt um 20% senken will und diesen Druck via Tochterfirma unter anderem an die Swissport-Belegschaft

weitergibt. Die Gewerkschaften meinen, dass sie erst weiterverhandeln, wenn sie Einsicht in die neuen Lufthansa-Papiere erhalten. Denn sie vermuten, dass die Lufthansa die Kosten gar nicht so krass senken will und die Swissport in dieser Situation einfach mehr für die eigenen Taschen will. Daher gibt es anscheinend erst wieder Verhandlungen, wenn diese Sache geklärt ist.

Kannst du erzählen, wie sich die Stimmung in der Belegschaft entwickelt hat? Wie ist diese Konfliktbereitschaft entstanden, welche in der Deutschschweiz ja nicht gerade selbstverständlich ist?

Es gibt zwei Gründe. Einerseits ist es die Präsenz der Gewerkschaften, die die Leute durchaus auch motivieren, sich zu wehren. Andererseits gibt es auch einen langen Prozess bei Swissport selber. Das geht zurück auf die Zeit, als es noch die Swissair gab. Einige Kollegen hatten damals schon gearbeitet und dies unter relativ fairen Bedingungen. Dann begann ein jahrelanger Prozess, wo es immer darum ging, noch etwas wegzunehmen, noch etwas einzusparen und so weiter. Langfristig staute sich Wut, die sich jetzt entlädt. Vor zwei Jahren wurde der GAV verhandelt, zuvor wurde der Lohn jahrelang nie nach oben korrigiert und es kam zu Streikdiskussionen. Die Stimmung war damals sehr verhalten. Ich hätte nicht einschätzen können, wieviele Leute am 11. September dieses Jahres an die Kundgebung kommen würden. Ich glaube damals, als es noch um die Lohnerhöhung ging, wären weniger Leute gekommen.

Wie hat sich die Stimmung in den letzten vier Wochen – also seit der Kundgebung am Flughafen – entwickelt?

Es wurde ruhiger seither, es gibt halt keine Neuigkeiten. Ausserdem ist halt Corona immer noch das prägende Thema. Vielen geht es aktuell auch gar nicht so schlecht, so blöd das tönt. Momentan hast du so viel Freizeit wie noch nie in deinem Leben. Viele sind deshalb entspannter. Normalerweise ist die Arbeit hier hart. Es sind gefühlte 50 Grad auf dem Vorfeld, wenn sich der Beton aufheizt, die Arbeit ist körperlich anstrengend, es ist laut und im Sommer machst du ein Flugzeug nach dem anderen. Die Aggressivität ist dann hoch. Ich glaube in einem solchen Sommer hätte es erst richtig Proteste gegeben. Jetzt aber schauen sich die Leute nach Alternativen um, jene die können.

Das ist schlecht für jene, die das nicht können.

Genau. Aber ich habe von einem jahrelangen Gewerkschaftsmitglied gehört, dass ihm die Swissport aufgrund langjähriger Erfahrungswerte und alter Verträge mit Entschädigungsklausel bis zu CHF 60'000 an Abfindungen zahlen müsste, wenn sie ihn entlassen würden. Darum hat er keine Angst. Es sind die über Fünfzigjährigen, die zum Teil diese Verträge haben. Die Swissport kann es sich nicht leisten, viele solcher Leute zu entlassen. Aber viele werden langsam pensioniert. Das ist das Problem von Swissport: Den «teuren Leuten» können sie nicht kündigen, und die «Billigen» wollen sie behalten. Diese sind jung, stark, ha-

ben noch keine körperlichen Gebrechen und kosten fast nichts. Meine Vermutung ist, dass Swissport jetzt enormen Druck aufbaut, damit manche freiwillig gehen und der Sozialplan somit nicht greift, damit für Swissport möglichst keine Kosten entstehen. Aber viele «Alte» sind in der Gewerkschaft und haben keine Angst. Generell sind die älteren Schweizer am ehesten streikbereit. Grenzgänger finden den Lohn gut und sind es daher weniger. Jüngere und Ausländer versuchen eher, unter dem Radar zu bleiben, bei ihnen ist dies unterschiedlich.

In der Corona-Krise müssten ja eigentlich viele andere auch kämpfen. Hast du – nach diesen Erfahrungen – einen Tipp wie das gehen könnte?

Es ist schwierig. Ich persönlich versuche auch unter dem Radar zu bleiben. Es ist Corona, man muss überall sparen, überall hörst du von Schliessungen, zum Beispiel das Swisshotel in Oerlikon. Es gibt eine Stimmung, die besagt, dass man froh sein muss, wenn man eine Arbeit hat. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Swissport die Arbeiter am liebsten nur drei bis fünf Jahre lang behalten würde. Dann sind sie gesund und kosten nicht viel. Aber man muss sich auch im Alltag wehren. Man muss zum Beispiel dem Druck widerstehen, den Vorgesetzte ausüben. Die Vorgesetzten wollen nicht, dass es zu Verzögerungen im Flugbetrieb kommt. Die Angst, eine Verspätung zu verursachen, löst bei Mitarbeitern Druck aus. Das geht soweit, dass unter diesem Druck die Sicherheit vernachlässigt wird – die Vorgesetzten verantworten das.

Wenn wir euren Kampf von aussen unterstützen wollen, was wäre Deiner Meinung nach dafür der beste Weg?

Eine gute Art wäre, Druck auf Swissport auszuüben. Aber nicht nur auf Swissport, sondern auf das ganze System des Flughafens. Der Flughafen ist unter internationalem Druck, es gibt internationale Vereinbarungen. Es ist schwierig in diesem Markt und es verschärft sich. Die Putzkräfte von ISS und Vebego verdienen – so sagt man – 16 bis 17 Franken auf die Stunde. Ausserdem hat die Swissport Konkurrenz in Form von Dnata oder AAS. Da besteht ein riesiger Preiskampf und Swissport ist nicht nur der Platzhirsch in Zürich, sondern auch die teuerste Unternehmung. Sowohl Dnata als auch AAS sprechen gar nicht erst mit Gewerkschaften, die haben demnach auch keinen GAV. Da ist es einfacher, die Löhne zu drücken. Wichtig wäre, dieses ganze System zu kritisieren, diesen freien Markt. Zürich gilt als mittelgrosser Flughafen aber hat drei Unternehmen, die um die Aufträge im Ground Handling kämpfen – da geht es vor allem um den Preis. Der Flughafen hat eine Mitschuld an der Situation der Arbeiter, denn sie machen Druck auf die Firmen, etwa auf Swissport oder auf Gate Gourmet. Alles wird ausgelagert, auch bei der Sicherheit gab es diese Bestrebungen. Den Flughafen müsste man als Ganzes ins Auge nehmen und kritisieren.

EMBARGO

Kuba: Mit dem Rücken zur Wand und vor sich der Abgrund

Kuba hat, wie nicht anders zu erwarten war, die Pandemie voll unter Kontrolle. Wirtschaftlich sieht es da ganz anders aus. Nur dank der Erfahrung von 60 Jahren Embargo kommt der sozialistische Staat knapp an einer Hungersnot vorbei, aber er lebt von der Hand in den Mund.

(az) Was wir in der Schweiz über Kuba lesen, lässt uns um dessen Zukunft fürchten. Was wir von unserem Genossen aus Kuba hören, ist hingegen schlicht entsetzlich und umwerfend zugleich. «Ganz ehrlich, Kuba ist am Arsch» sagt Alex, der schon seit einigen Jahren in Kuba lebt und arbeitet. «Vor der Pandemie war es schon sehr prekär, Trump hat eine unübertroffen harte Gangart gegenüber Kuba eingeschlagen. Die Versorgungslage ist am Boden, weil Familienmitglieder aus dem Exil kein Geld mehr schicken dürfen – auch aus der Schweiz wird jede Überweisung blockiert. Das ist unter vielen Gesichtspunkten zerstörerisch. Einerseits lebt hier niemand vom eigentlichen Lohn, der reicht nicht aus. Zweitens braucht das Land die Devisen, um Marktgüter kaufen zu können. Und mit der Pandemie ist der Tourismus weggefallen, damit sind auch diese Devisen weg. Es ist fast nicht machbar! Jeden Tag muss improvisiert werden. Im Juli ist der Präsident vor die Kameras getreten und hat gesagt: «Wir haben Reis-Reserven für den August gesichert.» Und du sitzt da und fragst dich: Was ist im September? Das Angebot ist nicht üppig, es gibt Reis, Bohnen und Linsen. Aber es ist auch klar, dass es so nicht weitergehen kann.» Und es wird nicht so weitergehen. Präsident Diaz-Canel kündigt «tiefgreifenden Veränderungen» im Rahmen der neuen Wirtschaftsstrategie an. In anderen Worten: Liberalisierungen werden noch in diesem Jahr eingeführt. Und natürlich fürchten wir uns aus der Distanz für Kuba vor einer kapitalistischen Übernahme. Der Kapitalismus hat eine Eigenlogik, ihn nur ein bisschen zuzulassen, ist schwierig bis unmöglich. Doch ist die Betrachtung aus der Distanz auch eine zu schöngeistige: korrekt, aber theoretisch. Der reale Spielraum, den Kuba noch nutzen kann, ist klein. Allerdings ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn wenn ein Land Erfahrung darin hat, dem Imperialismus die Stirn zu bieten, dann ist das Kuba. (Mehr zur wirtschaftlichen Situation online)

Wenn Gesundheit keine Ware, sondern ein Anrecht ist

Und es gibt ja auch die umwerfende Seite der Erzählung. Jene des selbstbewussten, ungebrochen sozialistischen Staates, dem es gelingt, der Pandemie zu trotzen, weil das für die Bevölkerung richtig ist, auch wenn es der Wirtschaft schaden sollte. Wenn wir mit der reichen Schweiz vergleichen, dann können wir nur vor Neid er-

blassen, mit welcher Grosszügigkeit und Selbstverständlichkeit Kuba die Pandemie bekämpft. So hat das Gesundheitsministerium, noch lange bevor das Virus weit verbreitet war, verfügt, die Grenzen dicht zu machen. Wirtschaft und Tourismus haben selbstverständlich protestiert, sogar zu Recht, da die Devisen wirklich gebraucht werden. Doch davon liess sich Kuba nicht einschüchtern, wirtschaftliche Probleme hin oder her. «Die Devise ist klar: niemand darf sterben. Da gibt es keine Diskussionen wie in der Schweiz, dass ein paar Alte ja sowieso sterben würden. Jeder Tod ist einer zu viel.» Es gelingt. In der gesamten Pandemie sind bisher 132 Personen gestorben, knapp 8'000 hatten sich infiziert und sind wieder genesen.

Ähnlich radikal wie mit dem Tourismus verfuhr Kuba mit der Schule, eigentlich eine unantastbare «heilige Kuh», wie Alex sagt. Doch alle Schulen wurden geschlossen, die Kinder hatten drinnen zu bleiben. Deshalb erhielten Staatsangestellte mit Kindern 100% Lohnfortzahlung für die Kinderbetreuung zu Hause, allerdings ohne die Aufgabe, das Homeschooling zu übernehmen. Denn auf kubanisch heisst Homeschooling, dass einige lehrreiche Fernseh-Beiträge geschaltet wurden und viele Kinderfilme. Das Lernen aus der Distanz stand mangels notwendiger Infrastruktur nie zur Diskussion und man entschied, das Schuljahr oder einen Teil davon zu wiederholen. Auch diese Massnahme, eine Verlängerung der Schulzeit, wird den Staat viel kosten und wäre bei uns unvorstellbar, ist aber ganz klar sozialer und mehr auf Gleichheit ausgerichtet, als den Unterricht an die Eltern zu delegieren, die das dann halt können oder eben nicht.

Begleitende Gesundheitsvorsorge

Und entsprechend werden die Massnahmen hingenommen und ausgesessen, die Pandemie ernst genommen. «Ich als Schweizer habe da noch am ehesten gefunden: «Komm, wir gehen mit dem Kind raus auf den Spielplatz, das kann doch nicht schaden.» Alle meine Freunde fanden: «Was soll das Drama? Reiss dich zusammen.» Natürlich, als die Strände aufgingen, haben die Leute den Rum mitgenommen und es hat viele Bussen gegeben, sehr viele! Ich will nicht behaupten, alle seien immer vernünftig. Aber bei nüchterner Betrachtung erwarten die Leute strenge Massnahmen, viele wünschen sich sogar strengere.» Es wirkt so, als ob in Kuba die Erfahrung mit Katastrophen und Krankheiten die Bevölkerung immunisiert hat gegen den angeblichen Verlust ihrer individuellen Freiheit, wie zum Beispiel der Freiheit, keine Maske zu tragen.

Die Knappheit bedeutet, dass vieles umständlich und aufwendig ist. Um Masken zu haben, mussten die Nachbarschafts-Komitees Näh-Nachmittage organisieren, am Fernsehen liefen Kurse und Stoff wurde zur Verfügung gestellt. Alles noch lange, bevor die Pandemie Kuba wirk-



Aufsuchende Gesundheitsvorsorge trägt zur Eindämmung des Virus bei.

lich heimgesucht hatte, denn Kuba war vorbereitet. Kaum hatte China seriös über das Virus informiert, flogen kubanische ForscherInnen und ÄrztInnen dahin, richteten in der Folge neue Laboratorien ein und planten. Und sie planten üppig! Was für die Gesundheitsvorsorge geleistet wird, ist ohne Vergleich. Denn was es gibt – und das in schier endloser Menge – ist Gesundheitspersonal. Trotz Mangel an vielem kann deshalb der Pandemie getrotzt werden. So wird beispielsweise neben der pharmazeutischen Forschung, die auf Hochtouren läuft, die Bevölkerung eng begleitet. In den Gebieten, in denen es Corona-Fälle gibt, wird jeder Haushalt einmal pro Woche von MedizistInnnen besucht, diese fragen nach dem Wohlbefinden und versuchen, mögliche Fälle ausfindig zu machen. Ist ein Fall gefunden, wird diese Person getestet, bei positivem Resultat extern isoliert, das Wohnquartier unter Quarantäne gesetzt. Lebensmittellieferungen müssen dann organisiert werden und das Leben steht still, bis die Quarantäne vorbei ist.

So könnte es auch in der Schweiz sein, wenn das Gesundheitswesen nicht dem Profit, sondern der Bevölkerung dienen würde, wenn Gesundheit keine Ware wäre, die Gesundheitsversorgung jedoch eine Pflicht, die der Staat so gut wie möglich erfüllt. Das wäre schön, aber es hat einen hohen Preis: Die Feindschaft der imperialistischen Mächte ist Kuba gewiss und die Insel bekommt das hart zu spüren. Zeit, Solidarität zu zeigen.

REPRESSION

Die Bundesanwaltschaft – eine politische Strafverfolgungsbehörde

Seit 1889 gehört die Verfolgung fortschrittlicher Kräfte zum Kerngeschäft der Bundesanwaltschaft; Grund für eine kurze Auseinandersetzung mit dieser bemerkenswerten Behörde.

(agafzh) Schlagzeilen macht die Bundesanwaltschaft regelmässig – meist negative. Vergangenen Sommer stand ihr Chef, Michael Lauber, im Fokus. Während seine Bundesanwaltschaft ein Strafverfahren gegen Fifa-Funktionäre führte, traf er sich verbotenerweise und im Geheimen mit Fifa-Präsident Infantino und besprach das laufende Fifa-Strafverfahren. Damit handelte er der Bundesanwaltschaft eine ihrer grössten Krisen und sich selbst ein Strafverfahren ein. Aber nicht nur der Chef der Bundesanwaltschaft scheint es mit Regeln nicht so genau zu nehmen; unvergessen ist die Episode von Laubers Russland-Berater, einem Bundeskriminalpolizisten, der sich in Russland von einem Oligarchen hofieren und zu einer Bärenjagd einladen liess. Neben dieser Vetternwirtschaft macht der Bundesanwaltschaft auch ihre schlechte Bilanz vor Gericht zu schaffen. Fast jedes grosse Verfahren, das sie anhebt, setzt sie in den Sand: Sei es der Versuch die Tamil Tigers zu kriminalisieren, der in Freisprüchen ende-

te, oder das Verfahren gegen die Fifa, das sie mit grossem Aufwand in die Verjährung begleitete. Doch die Bundesanwaltschaft ist nicht nur korrupt und inkompetent, sondern sie ist auch politisch.

Die Bundesanwaltschaft in der Geschichte

Wie politisch die Bundesanwaltschaft ist, zeigt sich zunächst in ihrer Geschichte. Als 1848 der Schweizerische Bundesstaat gegründet wurde, nahm auch der erste Bundesanwalt seine Tätigkeit auf. Allerdings stellte er sein Tun nach acht Jahren wieder ein, «aus Mangel an Arbeit» wie er damals erklärte. Über 30 Jahre hatte die Schweiz in der Folge keine Bundesanwaltschaft, bis 1889 der damalige deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck politischen Druck auf die Schweiz ausübte. Grund für den Druck Bismarcks waren die vielen deutschen SozialistInnen, die wegen der Repression in Deutschland in die Schweiz geflohen waren und hier politisierten. Bismarck verlangte, dass diese SozialistInnen verfolgt und überwacht würden, weshalb die Schweiz die Bundesanwaltschaft reaktivierte. Seitdem gehört Verfolgung von fortschrittlichen Kräften zum Kerngeschäft der Bundesanwaltschaft und ihre Ab-

grenzung zum Nachrichtendienst ist fliessend. Illustrativ hierfür ist die Amtszeit von Bundesanwalt Rudolf Gerber (1974 – 1989). Er trieb die politische Verfolgung auf die Spitze und liess zusammen mit dem Nachrichtendienst hundertausende Akten anlegen, was durch die sogenannten «Fichenaffäre» publik wurde.

Der politische Charakter der Bundesanwaltschaft ist aber nicht bloss eine historische Tatsache, sondern sie ist strukturell angelegt. So ist die Bundesanwaltschaft auch heute noch zuständig für die Aufklärung von politischen Delikten gegen sogenannte «Interessen des Bundes». Was hierunter zu verstehen ist, ergibt sich aus Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung: Es sind dies beispielsweise Sachbeschädigungen an Botschaften, Drohungen oder Angriffe gegen «Magistratspersonen» des Bundes, Sprengstoffdelikte oder die Finanzierung des Terrorismus.

Dieser kontinuierliche politische Charakter der Bundesanwaltschaft macht es wohl unausweichlich, dass Militante auch in Zukunft mit der Bundesanwaltschaft konfrontiert sein werden. Zu hoffen ist aber, dass sich die Bundesanwaltschaft auch sonst treu bleibt und weiterhin Verfahren in den Sand setzt und Skandale produziert.

BASEL NAZIFREI

Von Geschichtsbewusstsein, Empörung und grosser Solidarität

In Basel bastelt die Staatsanwaltschaft derzeit Hand in Hand mit Polizei und Gerichten an einer Drohkulisse gegen AntifaschistInnen.

In der letzten Ausgabe des aufbau berichteten wir darüber, das uns die Nachwehen von «Basel Nazifrei» noch länger beschäftigen werden (siehe: «Die Staatsanwaltschaft öffnet den Nazis die Türen»), mit kostspieligen Prozessen und einem mulmigen Gefühl bei der nächsten unbewilligten Demonstration in Basel. Dennoch öffnet das Machtgehebe der Repressionsbehörden auch neue Räume für Solidarität, Vernetzung und ein breites antifaschistisches Selbstverständnis. Das Phänomen ist uns aus vielen politischen Kampffeldern bekannt: Antifaschistische Kämpfe stossen in der Gesellschaft auf Akzeptanz, solange sie entweder dem Geschichtsbuch entspringen oder weit weg von der heimeligen Schweiz stattfinden. Militanter Widerstand gegen den Nazifaschismus anno 1930 - 1945, auch schon in den frühen 30er-Jahren als die Machtergreifung Hitlers noch weit weg schien, wird heutzutage als notwendig und berechtigt erachtet. Ehemals kriminalisierte KämpferInnen sind rehabilitiert, teilweise sind sie zu HeldInnen geworden. Ebenfalls wird dem Widerstand von Kommunistischen PartisanInnen die Legitimität ihres Kampfes nicht abgesprochen. Auch wenn faschistische oder radikalislamistische Gruppen fern der Schweiz, wie z.B. der IS im Nahen Osten, militant bekämpft werden, findet dies kaum jemand falsch.

Man ist empört und betroffen über brutale Anschläge von Neonazis, z.B. in Hanau oder Halle, verortet dessen Ursache aber in «schwierigen Kindheiten» und vertraut auf Polizeiorgane. Dass antifaschistischer Kampf und Basisarbeit vor der eigenen Haustüre eine Notwendigkeit darstellt um faschistischen Gruppen und Tendenzen den Nährboden zu entziehen, damit tut sich die breite Bevölkerung schwer. Die bürgerlichen Medien tragen ihren Teil dazu bei, dass diesbezüglich kein Bewusstsein entstehen kann.

Das Geschehen rund um «Basel Nazifrei» bringt nun plötzlich in breiten Kreisen wichtige Fragen auf den Tisch: Wenn nicht heute, wann sonst ist es legitim, gegen marschierende FaschistInnen auf die Strasse zu gehen? Erst bei gesellschaftlicher Relevanz derselben? Damals 1930 oder im nahen Ausland, wurde und wird die Gefahr nicht erkannt oder klein geredet. Antifaschistischer Widerstand wurde und wird belächelt oder mit aller staatlichen Härte kriminalisiert.

Antifaschistisches Selbstverständnis und staatliches Säbelrasseln

Faschismus entsteht in der Gesellschaft und wird von denjenigen die am meisten von Unterdrückung und Spaltung profitieren, gefördert und in aufrührerischen Zeiten zur Staatsform erhoben. Der Kampf gegen faschistische Tendenzen muss ebenso wie deren Ursprung in der Gesellschaft geführt werden und breit verankert sein. Es geht an dieser Stelle nicht um die Tauglichkeit des Einzelnen im Strassenkampf, sondern um das grundsätzliche Bekenntnis von Farbe. Wegschauen und Schweigen, wenn Nazis öffentlich in Erscheinung treten, ist eine Form der Zustimmung und bildet Nährboden für braune Tendenzen in der Gesellschaft. Menschenverachtendes Gedankengut kann sich nur etablieren, wenn Raum dazu gelassen wird. «Kein Fussbreit dem Faschismus!» sollte in Anbetracht der historischen Erfahrungen und auch der Aktualität von faschistischen und autoritären Tendenzen in ganz Europa, eine Selbstverständlichkeit sein.

Genau dieses Selbstverständnis haben am 24.11.2018 in Basel ca. 2000 Menschen gezeigt. Sie haben nicht geschwiegen, als die PNOS (Partei National Orientierter Schweizer) und befreundete Nazistrukturen, welche offen zu ihrer NS-Ideologie stehen, zu einer bewilligten Kundgebung mobilisierten. Durch die Platzbesetzung und die damit verbundene Verdrängung der PNOS, wurde zum Ausdruck gebracht: Wo Nazis sich versammeln, muss ihnen konsequent und mit vielfältigen Mitteln der Raum genommen werden. Auch liess man sich nicht an eine bewilligte Gegendemo ans andere Ende der Stadt verdammen: Denn dort waren keine Nazis.

Einmal mehr entblösst sich das Gesicht der Klassenjustiz und gebärdet sich wie im Rausch. Leute werden

desto mehr zum Eigentor. Die Empörung nach der bewilligten PNOS-Kundgebung war damals in Basel gross. Nazis dürfen marschieren, kann das sein? Nach zwei Jahren haben viele vergessen, was an diesem denkwürdigen Tag im November geschah, kaum noch wurde die in eine Ecke abgedrängte Nazikundgebung in den Medien erwähnt. Nach ersten Prozessen mit stossenden Strafzumessungen, wachsen aber wieder Fragezeichen in breiten Kreisen. Von vielen Seiten wird kritisch hinterfragt: Wie kann das sein? Sich kompromisslos gegen Nazis zu stellen, ist doch wichtig und legitim. Rundherum diskutieren Menschen über Antifaschismus im hier und jetzt und vor der eigenen Haustüre. Nach «Black Lives Matter» und Empörung über die strukturelle Polizeigewalt in den USA, stossen diese Fragen auf einen guten Nährboden.

Die von der Justiz durch Verfahrenstrennung angestrebte Vereinzelung der Betroffenen, wird von einer Welle der Resonanz und Solidarität durchbrochen. Viele fühlen sich angesprochen und möchten Betroffene sowohl physisch, emotional und finanziell nicht alleine lassen. Auch vor dem Basler Strafgericht sammeln sich viele Leute bei den Prozessen, um ihre Unterstützung auszudrücken. Sie halten Transparente, rufen Parolen oder lauschen vorgetragenen Prozess-Erklärungen. Auch an den abendlichen Demonstrationen beteiligen sich viele um Kollektivität auszudrücken. Mit antifaschistischem Selbstverständnis wird aktuell weit über die radikale Linke hinaus mobilisiert. Gegen Nazis auf die Strasse gehen? Ist doch klar!

Ein politischer Prozess zu einer Anklage wegen „Basel Nazi Frei“ kann mit juristischen und politischen Mitteln geführt werden. Eine politische Prozessführung hat viele Facetten. Als politische Stossrichtung bietet es sich als grosse Chance an, die aktuellen Prozesse als Plattform für das Propagieren eines revolutionären Antifaschismus zu nutzen. Denn mit Nazis vertreiben ist es nicht getan. Für einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus muss ein starker Antifaschismus mit einer antikapitalistischen Perspektive verbunden sein.

BNF und 500k – Für immer Antifa

Ein breites «Basel Nazifrei»-Bündnis zeigt die Wichtigkeit vom Entstehen gegen Rassismus und Antisemitismus auf, und bringt consequenten Antifaschismus trotz staatlicher Drohkulisse auf die Strasse und in die Medien. In Zürich wurde der Verein «Solidarität gegen Rechts - 500k» gegründet, der sich das Sammeln von Spendengeldern in der Höhe von CHF 500'000.- als Ziel gesetzt hat – eine Einschätzung der anfallenden Prozesskosten. Geldspenden für Repressionsbetroffene sind essenziell und eine Form von gelebter Solidarität und Ausdruck der Wertschätzung. Die 500k-Kampagne spricht viele Menschen an, und mitmachen ist leicht: Sei es beim Malen von Transparenten oder beim Sammeln von Spenden. In diversen Bars und Kulturlokalen hängen aktuell Antifa-Plakate an den Wänden oder stehen Spendendosen auf den Tresen. Merchandise ist stets ausverkauft. Erstmals sind breite Kulturkreise aktiv in die Gestaltung eines antifaschistischen Stadtbildes involviert. So enthält die 500k-Kampagne neben der Generierung von Spendengeldern auch die Chance, einen antifaschistischen Diskurs in der Gesellschaft anzukurbeln. 500k bietet zudem eine Plattform, wo Interessierte und Aktive sich vernetzen und eine gemeinsame Praxis entwickeln können. In diesem Austausch wird die Frage von Faschismus und Kapitalismus diskutiert, und letztendlich auch die Perspektivenfrage gestellt.

**Spenden zur Unterstützung an:
Solidarisch gegen Rechts, 8005 Zürich
Konto: 15-550973-8
IBAN: CH88 0900 0000 1555 0973 8
Oder per SMS: SOLI 1-100 «Betrag» an 488**



fiziert, es wird gefahndet und AktivistInnen werden an den Internetpranger gestellt. Etliche Hausdurchsuchungen wurden sechs Monate nach dem Anlass in der ganzen Schweiz durchgeführt. Gegen über 600 Personen wurde bereits ermittelt und gegen 40 AntifaschistInnen werden aktuell Prozesse am Basler Strafgericht geführt. Die Ermittlungen laufen parallel dazu weiter. Dieselben Staatsanwälte, die bereits in den „Basel-18 Verfahren“ kraft ihrer Funktion ihr Unwesen trieben, wollen mit Forderungen nach hohen Haftstrafen und vor allem auch langen Bewährungszeiten politisch aktive Leute von gelebten Widerstand im öffentlichen Raum abhalten. (Siehe auch Artikel zwei zum Thema in unserer Zeitung, weitere Sammlung Presseartikel: <https://500k.ch/presse>) Die Botschaft der Justiz ist klar: In Basel kann man gegen Rassismus und Neonazis auf die Strasse gehen, jedoch nur bewilligt und in geordneten Bahnen. Und weit weg vom eigentlichen Neonazi-Anlass, da dieser als bewilligt gilt und somit auf keinen Widerstand stossen soll. Antifaschistische Eigeninitiative der Bevölkerung? Unerwünscht!

Wer zuletzt lacht...

Es freut uns an dieser Stelle zu bilanzieren: Das Muskelspiel der Staatsanwaltschaft entwickelt sich je länger



Demo gegen den Faschismus während dem Reichstagsbrandprozess (London)

KOMMENTAR

Aus Verteidigung zum Angriff

(rh) Es gehört zu den Grundstützen der bürgerlichen Ideologie, dass das Recht gewissermassen über den Verhältnissen schwebt. Dass an diesem Bild wenig Wahres ist, zeigt sich immer dann deutlich, wenn neue Gesetze formuliert werden, die unmittelbar auf gesellschaftliche Kräfteverhältnisse einwirken – in aller Regel zum Vorteil jener oben. Der Landfriedensbruch etwa, politisches Delikt par excellence, wurde zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts eingeführt, um die erstarkende ArbeiterInnenbewegung auf der Strasse zu bremsen. Während die Bourgeoisie in den Wandelhallen des Parlaments ihre politischen Interessen bestens vertreten sah, wurde die Strasse als Austragungsort der Forderungen jener, die keinen Zugang zu den oberen Gefilden hatten, kriminalisiert.

Wir sehen, dass das herrschende Recht das Recht der Herrschenden ist, wenn die Justiz über sich hinauswächst, um Bedrohungen ihrer Ordnung in die Schranken zu weisen. Basel Nazifrei ist dafür ein Beispiel, die Aufarbeitung der G20-Proteste von 2017 in Hamburg ein anderes. Die Stärke der Anti-G20-Bewegung, die mittels Demonstrationen, Blockaden und Strassenkämpfen einen antagonistischen Gegenpunkt zum Gipfel setzte, verursacht eine staatliche Reaktion, die weit über den courant normal hinausgeht. Die politische Intention hinter den juristischen Angriffen wird sichtbar. Und angesichts der Passivität – man mag auch sagen, Komplizität – bei der Strafverfolgung faschistischer Strukturen im selben Land, zeigt sich, wo der Feind des bürgerlichen Staates letztlich steht: links. Wir erwarten keine Äquidistanz ihrer Repression, denn die perspektivische Bedrohung dieses Systems von Ausbeutung und Unterdrückung stellen wir dar, nicht die reaktionären Kräfte, die eine barbarische Ausprägung derselben Prinzipien repräsentieren.

Gerade wenn es um viel geht, schlägt die Repression hart zu, greift einzelne an und ist mit ihren Mitteln wenig zimperlich. Der Schlag soll auf möglichst viele eine abschreckende Wirkung haben. Das Bewusstsein für die Verhältnisse dahinter, für das Woher und Wozu der Repression ist Voraussetzung für einen politischen Umgang damit. Als Bewegung muss es uns dabei gelingen, sowohl ihre Schläge abzuwehren wie auch eigene zu platzieren. Darin ist die Solidarität Dreh- und Angelpunkt. Aus ganz praktischen Gründen, aber vor allem auch, weil der gemeinsame Umgang von heute unsere Perspektive von morgen vorwegnimmt.

Unsere Solidarität ist dabei nicht nur defensiver Natur. Wir igeln uns nicht ein, um auf bessere Zeiten zu warten. Die Bruchposition gegenüber diesem System, die politische Haltung, die am Ursprung dessen stand, weshalb der Staat angreift, bleibt. Aus dieser folgt konsequenterweise, dass es nicht nur darum gehen kann, die Folgen der herrschenden Verhältnisse – und darin, des herrschenden Rechts – abzumildern. Es muss zugleich darum gehen, die Verhältnisse an sich ins Wanken zu bringen, die die Stützen der heutigen Ordnung sind – mitsamt ihrem herrschenden Recht.

Fortsetzung von Seite 1

Das Strafrecht – ein Pfeiler der Sicherung der Macht

Die Bestimmung im Schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB) die hier exemplarisch für die Machtausübung durch die TrägerInnen gesellschaftlicher Macht angesprochen werden soll, heisst Landfriedensbruch. Es geht um den öffentlichen Frieden (so der StGB-Titel), der bei einer Massenkundgebung gestört oder eben gebrochen wird, wenn es zu «Gewalttätigkeiten» kommt. Der öffentliche Friede ist der «Friede» der TrägerInnen gesellschaftlicher Macht, die es nicht nötig haben, auf die Strassen zu gehen, um ihre Interessen durchzusetzen. Der Straftatbestand war und ist gegen die ArbeiterInnenbewegung gerichtet, die ab Ende des 19. Jahrhunderts vermehrt auf der Strasse für Ihre Interessen kämpfte. Nach dem Vorbild des deutschen Kaiserreichs wurde in der Schweiz über den Tatbestand des Landfriedensbruchs seit anfangs 20. Jahrhunderts debattiert. Er fand schliesslich 1937 im StGB Eingang (vorher war das Strafrecht Sache der Kantone). Ziel war und ist, bei «Ausschreitungen» einer Volksmenge alle vor Gericht und in den Knast zu bringen, die dabei waren, unabhängig davon, ob sie an den «Ausschreitungen» teilgenommen hatten. Die politische Meinungsäusserung wird kriminalisiert, der politische Widerstand ohnehin. Der Klassencharakter vom «Recht» findet sich im Landfriedensbruch, eine solche Anklage ist immer politisch.

Politische Verfahren – was tun?

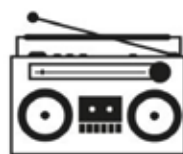
Politisch Angeklagte müssen sich fragen, welches Ziel sie im Prozess verfolgen. Dasjenige des Gegners, der Justiz ist klar. Aber was wollen die politisch Angeklagten? Wie gehen sie mit der Anklage um? Felix Halle, Mitglied der KPD, meinte 1929 in seiner Schrift «Wie verteidigt sich der Proletarier» (MOPR Verlag), wenn die Erwirkung eines Freispruchs realistisch sei, müsse dieses Ziel verfolgt werden, mit allen juristischen Mitteln. Gleichzeitig bemerkte er aber auch, dass ProletarierInnen, die sich einer revolutionären Bewegung angeschlossen hätten, unter Umständen im Interesse der Bewegung auf eine juristische Verteidigung verzichten und die Gerichte zwingen sollten, ihren Klassencharakter offen zu legen.

D.N. Pritt, britischer Strafverteidiger und Träger des Lenin-Friedenspreises schrieb in seinen Memoiren (VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1970), eine gute politische Verteidigung sehe ihr Hauptziel nicht darin, einen Freispruch zu erwirken, auch wenn ein solcher für sich genommen nützlich sein könne. Es komme vielmehr darauf an, den politischen Standpunkt zu propagieren und niemals Prinzipien zu opfern oder Kompromisse einzugehen, nur um einen Freispruch zu erwirken. Juristischer Kampf für einen Freispruch und Propagierung des eigenen politischen Standpunkts schliessen sich nicht aus, sofern keine politischen Kompromisse eingegangen werden. Eindrückliches Beispiel hierfür ist der Reichstagsbrandprozess im Jahre 1933 in Leipzig. Kaum war Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt, brannte in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 das Reichstagsgebäude in Berlin. Angeklagt waren u.a. vier Kommunisten, darunter Georgi Dimitroff. In einer beispielsweise öffentlichen Gegenpropaganda und Mobilisierung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland und einer juristischen Verteidigung gelang der Gegenschlag. Die Angeklagten wurden freigesprochen.

In den grossen Prozessen in Frankreich in den 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts gegen den «Front de libération Algérien» (FLNA) hingegen wurde keine Sekunde lang juristisch verteidigt. In den Gerichtssälen wurden die Kriegsverbrechen der Kolonialmacht Frankreich im Befreiungskampf der AlgerierInnen denunziert und dem Gericht jegliche Legitimation abgesprochen. Gleichzeitig wurde ausserhalb des Gerichtes wie im Reichstagsprozess im In- und Ausland die öffentliche Meinung mobilisiert. Die Richter verurteilten zahlreiche Angeklagten zum Tode. Nur wenige Urteile wurden vollstreckt. Die öffentliche Meinung in Frankreich und im Ausland war mobilisiert und die Regierung wollte mit der Vollstreckung der Urteile keine weiteren Kampagnen provozieren. Angriff ist oft die beste Verteidigung. Auch die Roten Brigaden in Italien haben sich nie juristisch verteidigt und den Gerichtssaal für die Verteidigung und Propagierung ihres politischen Kampfes benutzt. Die Angeklagten der Roten Armee Fraktion (RAF) haben einen Mittelweg gewählt. Allen gemeinsam ist die Strategie, den Prozess (auch) ausserhalb des Gerichtssaals zu führen und den politischen Gegenangriff zu führen.

Das Patentrezept «wie führe ich meinen Prozess» gibt es nicht. Ein kollektives Vorgehen bei der Zieldefinition und dem Aufbau einer Verteidigung ist zentrales Anliegen einer politischen Bewegung. Prinzipien aufzugeben und faule Kompromisse einzugehen, stehen für gewöhnlich im Widerspruch zu den Handlungen, die Auslöser für ein Verfahren waren.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfiler über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

BASEL

«Die Strafverfolgung von linken Bewegungen»

Seit Juli 2020 laufen in Basel die Prozesse gegen **Teilnehmende an der Basel Nazifrei-Demo gegen die PNOS im November 2018. Interview mit Eva Schürmann, die als Anwältin mehrere Angeklagte vertritt.**

(rabs) Du hast mit anderen AnwältInnen einen offenen Brief anlässlich der Basel Nazifrei-Prozesse geschrieben. Was ist sein Inhalt und eure Motivation, das zu tun?

E.S. Der Brief ist entstanden, weil die Basler Zeitung ein Interview mit dem Strafgerichtspräsidenten René Ernst abdruckte. Darin machte er Aussagen zu Beweis- und Sachverhaltsfragen, die relevant sind für noch hängige Verfahren vor dem Strafgericht. Das ist sehr problematisch, weil er damit öffentlich eine Vorverurteilung machte. Das gibt es sonst kaum, dass sich ein Gericht öffentlich zu einem noch hängigen Verfahren äussert. Aus diesem Grund entschlossen sich verschiedene VerteidigerInnen, darauf zu reagieren. In dieser Stellungnahme machen die VerteidigerInnen mit Bezug auf das Interview klar, dass das Strafgericht eine rote Linie überschritten hatte und dass damit kein faires Verfahren mehr gewährleistet ist. Ausserdem ist für ein faires Verfahren auch abträglich, dass es viele verschiedene Prozesse sind, die einzeln geführt werden, nicht alle zusammen. Dadurch hat die beschuldigte Person nicht die Möglichkeit, sich zu Sachverhaltsfragen zu äussern, die in einem vorhergehenden Prozess beurteilt wurden.

Das ist ja eher einzigartig, dass sich RichterInnen und AnwältInnen in der Öffentlichkeit über einen Fall äussern. Wieso passiert das gerade bei den BNF-Prozessen?

Ich gehe davon aus, dass sich Ernst in den Medien äusserte, weil es Kritik an seinem Urteil gab. Das war ja die erste – und bisher einzige – unbedingte Freiheitsstrafe. Es gibt ein grosses öffentliches Interesse an den Fällen.

Speziell ist ja auch, dass es eine derartige Verfolgung gibt wegen einer Demo. Wieso gerade bei Basel Nazifrei?

Das ist schwierig zu sagen. Möglicherweise liegt es an dem vielen Bild- und Videomaterial, was es einfacher macht, Leute zu identifizieren. Ansonsten ist es unklar,

wieso gegen eine solche Demo so repressiv vorgegangen wird. Es gab nicht grosse Ausschreitungen, trotzdem gingen sowohl die Einsatzkräfte vor Ort aggressiv vor, als auch jetzt die Staatsanwaltschaft. Dies schon während dem Strafverfahren, mit Zwangsmassnahmen, Hausdurchsuchungen. Da wird ein Schwerpunkt gesetzt auf die Strafverfolgung von linken Bewegungen. Und da ist es dann relativ einfach, die Leute an Demos zu verfolgen, mit Landfriedensbruch und passiver Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte.

Wenn man die Vorwürfe vergleicht mit dem was da passierte, ist das speziell?

Es war grundsätzlich eine gewaltfreie Demo. Am Rand gab es ein paar Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und PNOS-Anhängern. Es ist nicht bewiesen, dass die Demo von Grund auf gewaltbereit war, also diesem «zusammengerotteten Haufen» entspricht, der «mit vereinten Kräften» Gewalt ausübt. Zu den Ausschreitungen kam es erst nach dem «Mittleinsatz» der Polizei. Das ist zu berücksichtigen, dass es nicht von Anfang an zu Gewalt kam. Die geforderten und verhängten Strafen sind insofern in ihrer Höhe nicht gerechtfertigt. Die Frage ist, ab wann es ein «zusammengerotteter Haufen» ist, inwiefern die Teilnehmenden die Gewalt mittragen. Das ist sehr schwierig nachzuweisen. Das Bundesgericht sagt, dass nicht die ganze Demonstration den Grundrechtsschutz verliert, wenn es am Rand zu Gewalt kommt. An der Basel Nazifrei-Demo waren 2000 Menschen. Auch zur Zeit der Ausschreitungen waren noch sehr viele Leute anwesend. Da kann die Gewalt nicht allen angehängt werden, die da noch anwesend waren. Das sind schwierige juristische Fragen, die nicht generell beantwortet werden können.

An der Demo wurde von der Polizei alles gefilmt. Offensichtlich gingen sie davon aus, dass etwas passieren würde.

Da kann als Argument angeführt werden, dass es keine bewilligte Demo war. Das ist aber kantonale Regelung, weshalb es, solange keine Ausschreitungen passieren, keine Möglichkeit von Videoaufnahmen gibt. Das dürfen

sie erst ab dem Zeitpunkt, an dem Straftaten begangen werden. Entsprechend sind die Videoaufnahmen, die erstellt wurden, bevor es zu Gewalt kommt, nicht verwertbar. Auch nicht als Vergleichsmaterial: Wenn eine Person auf dem Videomaterial unvermummt gesehen wird und später sieht man sie dann vermummt, dann darf das erste Videomaterial nicht verwertet werden um die Person zu identifizieren, wenn zu dem Zeitpunkt noch keine Gewalt ausgeübt worden war. Denn zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine gesetzliche Grundlage um zu filmen. Aber das ist schon so, dass das vermehrt gemacht wird, heute wird wohl an jeder unbewilligten Demo gefilmt.

Wird das Klima repressiver?

Ja, ich empfinde das schon so. Der Tatbestand des Landfriedensbruchs wurde ja schon als Ausnahmetatbestand geschaffen, weil es Schwierigkeiten in der Beweisführung gab bei Demos, an denen es zu Sachbeschädigungen kam. Schon bei der Schaffung des Tatbestandes gab es massive Kritik daran. Seit der Einführung kam er immer häufiger zur Anwendung und ich denke auch, die Höhen der Strafe dafür stiegen. Um das sicher zu sagen, müssten aber die Urteile untersucht werden. Die Kritik am Anfang war, dass diese Artikel gefährlich sind, weil sie elementare Grundrechte einschränken. In einem rechtsstaatlichen Verständnis können sie einen «Chillingeffekt» haben, dass sich Leute gar nicht mehr trauen, auf die Strasse zu gehen, weil die blosser Teilnahme zu Verfolgung führen könnte. Diese Kritik hat sich dann im folgenden bewahrheitet.

MARXISMUS

200 Jahre Friedrich Engels

Wir nehmen das Jubiläum zum Anlass, die eigenständigen Verdienste von Engels bei der Grundlegung des Marxismus hervorzuheben und gegen die modisch gewordenen Vorwürfe, Marx verfälscht zu haben, zu verteidigen.

(gpw) Als Marx und Engels Ende August 1844 ihre Zusammenarbeit begannen, hatte Engels bereits seine «Umriss einer Kritik der Nationalökonomie» verfasst (<http://www.mlwerke.de>), in der er – unabhängig von Marx – das Privateigentum als Ursache von Krisen und der «tiefen Degradation» des Menschen (S. 523) definiert und dessen Aufhebung forderte (S. 521).

Ein Keil zwischen Marx und Engels?

Es wäre nicht normal, wenn es zwischen Marx und Engels nicht Meinungsverschiedenheiten gegeben hätte. Sie waren auch durch die zwischen den beiden bestehende und gewollte Arbeitsteilung bedingt. Engels hatte die Aufgabe, die Konzepte der beiden sprachlich verständlich zu machen, ohne die wesentlichen Inhalte zu verfälschen. Nur so konnten die Errungenschaften der beiden zur Waffe im Klassenkampf und im revolutionären Prozess werden. Das passt den Vertretern einer sogenannten Neuen Marx Lektüre – als bekanntester Autor gilt Michael Heinrich – offenbar nicht. Sie brandmarken Engels als Begründer eines «Traditionsmarxismus», der schliesslich zu den Fehlentwicklungen im Stalinismus geführt haben soll.

Hat Engels «Das Kapital» verfälscht?

Engels soll den 2. und 3. Band des Kapital nicht wort- und werkgetreu herausgegeben, sondern verfälscht haben. Damit werden die Massstäbe für heutige kritische HerausgeberInnen angelegt – was einer Herabsetzung dieses ersten Autors einer Kritik der bürgerlichen Ökonomie entspricht.

Engels' Aufgabe war eine andere (ausführlich dazu

Krätker, http://www.praxisphilosophie.de/kraetke_problem.pdf). Von Marx' Vorarbeiten zu den entsprechenden Bänden gab es nur erste unvollständige Entwürfe sowie Berge von Forschungsmanuskripten. Daraus sollte Engels nach dem Willen von Marx «etwas machen». In einer zehnjährigen Arbeit erreichte Engels im Jahr vor seines Todes dieses Ziel. Er beschränkte sich auf wenige Einschreibungen und Umarbeitungen, welche die Lektüre manchmal entscheidend erleichtern und keineswegs verfälschen. Das hätte niemand anderes gekonnt, und wir sind ihm zutiefst dankbar.

Dialektik auch in den Naturwissenschaften?

Mit seinen Vorstudien zu einer Geschichte der Philosophie und Naturwissenschaften, die erst 1925 unter dem Titel Dialektik der Natur veröffentlicht wurden, ging es Engels darum, das Verbindende zwischen den unterschiedlichen Methoden, mit denen Naturwissenschaft, Gesellschaftswissenschaft und die Wissenschaft von der geistigen Tätigkeit der Menschen arbeiten, herzuleiten und daraus eine dialektisch-materialistische «Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs» zu konstituieren. Als Vorstudien enthalten diese Texte Unfertiges und Ungeheimheiten und dürfen nicht dogmatisiert werden.

Die Anwendung der Dialektik auf die Naturwissenschaften wird von vielen marxistischen Intellektuellen verworfen. Die Dialektik sei nur wirksam, wo Menschen denken und handeln. Dabei denken und handeln Menschen auch in den Naturwissenschaften. Engels Ansatz muss vom heutigen Stand der Naturwissenschaften aus beurteilt werden. Dann erschliesst sich, dass Engels damals schon das «richtige Glockenläuten» hörte, dass damals nur undeutlich sein konnte, was «höchste Bewunderung» verdient (Debatte um Entels 1, S. 49).

Engels als Theoretiker revolutionärer Gewalt

Während seines einjährigen Militärdienstes bei der

preussischen Artillerie sowie als Adjutant von August von Willich, Oberkommandierender im pfälzisch-badischen Aufstand von 1849, sammelte Engels militärische Erfahrungen. Auf theoretischer Ebene verfasste er Arbeiten zur Kriegsgeschichte, zu strategischen und taktischen Fragen und zur Waffentechnik. Seine Unterscheidung zwischen Volkskrieg und revolutionärem Krieg ist nach wie vor fundamental, wen es um nationale Befreiungskämpfe geht. Ihr allgemeiner Charakter ist der Volkskrieg, innerhalb dessen es im Speziellen darauf ankommt, ob und wie stark die revolutionären Kräfte zu einem revolutionären Krieg übergehen können. Dass er aus der Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus an militärische Analysen heranging, bezeugen insbesondere seine Theorien über die Gewalt im Anti-Dühring, nach wie vor eine Grundlage der revolutionären Kriegsführung.

Das mag Engels erst recht zum Schreckgespenst für Intellektuelle machen, die den Marxismus auf Philosophie reduzieren möchten.

¹ Gekürzte Version aus unserer Online-Zeitung



Cover unserer Lesehilfe der drei Bände des «Kapital» (<https://lesehilfe.aufbau.org/>)



Im Bild

1963 strahlt der Vordenker der bewaffneten Selbstverteidigung sein eigenes Fahndungsplakat an. Der Kommunist Robert F. Williams organisierte erfolgreich die Selbstverteidigung in den gefährlichen Südstaaten. In Monroe North Carolina, ein Ort von dem behauptet wurde, von 12'000 EinwohnerInnen seien 7'000 Mitglied des Ku-Klux-Klans. Williams Chapter der NAACP (National Association for the Advancement of Colored People) war bewaffnet und wie er selbst waren viele der Mitglieder Kriegsveteranen. Weil sein «Chapter» gewaltbereit auftrat, wurde er aus der NAACP ausgeschlossen und diese schlug angesichts der drohenden Repression einen harten, antikommunistischen Kurs ein. Er musste fliehen und begab sich zuerst ins Exil nach Kuba, dann nach China, um am Ende in die USA zurückzukehren, was nur zum Preis der Entpolitisierung möglich war.

LEBEN IN DER STADT

Ausgestorbene Räume und belebte Nischen einer kapitalisierten Stadt

Im Zusammenhang mit der Coronapandemie wurden viele Räume geschlossen oder eingeschränkt. Der urbane öffentliche Raum, wie er im Zuge der Gentrifizierung gestaltet wird, entzieht sich den Bedürfnissen der Menschen.

(agj) Hinter den Massnahmen im öffentlichen Raum steht als Ziel die Bekämpfung des Virus. Die Einschränkungen betonen aber auch Widersprüche und Missstände, die sich schon vor der Coronakrise durch Gentrifizierungsprozesse im urbanen Raum verschärften. Wenn wir diese Prozesse kritisieren, geht es nicht darum zu sagen, dass es früher besser war und diese Form der Stadtentwicklung neuartig ist. Zu jeder Zeit drücken sich die Widersprüche des Kapitalismus in der Gestaltung der Stadt und des öffentlichen Raumes aus und widerspiegeln die Strategien der Bourgeoisie, eine möglichst sichere und günstige Umgebung für ihren Profit zu schaffen.

Ganz nach dem Motto – bei den persönlichen Bedürfnissen zurückstecken, damit die Arbeit weitergehen kann – richtet sich die Bekämpfung der Pandemie vor allem darauf, das öffentliche Leben einzuschränken. Im Peak des ersten Lockdowns im Frühjahr wurden so auch in Zürich einzelne öffentliche Parkanlagen gesperrt. Es sollten Ansammlungen und somit die schnelle Verbreitung des Virus verhindert werden. Geschlossen blieben für kurze Zeit unter anderem die Bäckeranlage oder die Fritschiwiese, während beispielsweise Quartiere mit einer eher kleinbürgerlichen Prägung von solchen Einschränkungen verschont blieben. Dies, obwohl gerade in den dichter besiedelten Quartieren Menschen ohne grosse Fensterfronten und hübschen Gärten auf öffentliche Räume angewiesen waren.

Wohin, wenn der Park geschlossen ist?

Während der temporären Schliessung attraktiver öffentlicher Parks und anderen Einschränkungen des öffentlichen Lebens, entwickelten die Betroffenen Strategien, ihren Bewegungsradius zu erweitern. So blieb beispielsweise im Sommer die Platzzahl in vielen Badis begrenzt, wodurch sich die Leute entlang der Seen und Flüsse neben den offiziellen Badeorten eigene kleine Nischen suchten, um der Einhaltung des Abstands gerecht zu werden und trotzdem die erhsehnte Abkühlung zu erlangen. Ebenso führte die Reduzierung oder gar Schliessung verschiedener Gewerbe-, Gastro- und weiterer Freizeitangebote und die temporäre Sperrung oder begrenzte Zugänglichkeit von Grünanlagen und anderer Treffpunkte dazu, dass unbenutzte und zum Teil vergessene öffentliche Räume vermehrt für unterschiedliche Zusammenkünfte genutzt wurden. Kleine Wiesenpartien zwischen den vielfach immer noch leerstehenden Bürogebäuden oder die Treppen vor Grossbauten, die eigentlich nicht zu Verweilen gedacht sind, wurden zu beliebten Orten für Picknick, Spiele und Besprechungen. So nutzten junge Leute beispielsweise abends die Infrastruktur auf dem ETH Campus in Zürich trotz Absperrung. Sie kletterten über die Schliessgitter, um den Unterstand und die Sitzgelegenheiten in Gebrauch zu nehmen. An vielen Beispielen zeigt sich: Um trotz Corona dem Bedürfnis nach Begegnung und Austausch nachzukommen, wurden bisher ungenutzte Ecken und Plätzchen neu – oder wiederentdeckt und belebt.

Nicht selten führt diese neue Aneignung auch zu Kon-

flikten. So wird beispielsweise in den Innenhöfen der Wohnquartieren vermehrt über die Nutzung des Raumes diskutiert. Es streiten sich beispielsweise Bewohnende von Wohnquartieren über die Nutzung der Höfe und Vorplätze: «Wohnst du überhaupt hier?» – «Dieser Platz ist im Fall nicht gedacht für ...» – «Sind ruhig suscht miesi de Schmier aalüüte!». Die Drohung zeigt gerade bei Jugendlichen ihre Wirkung, welche die Innenhöfe als Ersatz für fehlende Räume nutzen. Schon vor den zunehmenden Polizeikontrollen wegen den Coronaregeln, waren es unter anderem Jugendliche, die immer wieder ins Visier zufälliger oder systematischer Kontrollen gerieten. Vorwiegend junge Menschen, aber auch Randständige oder Kriminalisierte nutzen ausgestorbene Flecken, die ihren ursprünglichen Zweck jetzt verfehlen, um sich geschützt vor den kontrollierenden Blicken der SIP oder der Polizei zu bewegen.

Angesichts unzähliger leerer Gebäude und unbelebter Plätze gäbe es in der Stadt eigentlich genügend Raum, um allen Anliegen der Menschen gerecht zu werden. Viele der neu gestalteten Plätze bleiben leer, obwohl sie gerade während der Coronapandemie den nötigen Raum bieten würden, um sich mit dem nötigen Abstand im Freien treffen zu können. Die Nutzenden stehen unattraktiven, kahlen, überwachten Räumen gegenüber, dessen Gestaltung und Konzeption ihren Bedürfnissen nicht gerecht wird.

Öffentlicher Raum und seine Gestaltung

Die aktuelle Situation verdeutlicht, wie sich die Gestaltung des öffentlichen Raumes in den Städten im Zuge vielseitiger Gentrifizierungsprozesse der Logik des Kapitalismus anpasst. Sinnbildlich dafür sind zum Beispiel die lieblos und steril gestalteten Plätze im Stile jener rund um die Zürcher Europaallee oder ähnlichen Bauprojekten. Zürich soll sich als attraktiver Wirtschaftsstandort und innovative digitale Vorreiterin der smarten Stadt des 21. Jahrhunderts profilieren. Die Räume wirken aber zurechtgestutzt und zweckbetont. Ihnen fehlt die Lebendigkeit. Sie begegnen uns kühl und unzugänglich, weil sich ihre Gestaltung kaum noch nach den Bedürfnissen der Menschen richtet. Stattdessen steht die Umsatzgarantie des

Standorts im Vordergrund. Die Nutzenden des Raumes werden als Konsumenten definiert und ihre Anwesenheitsberechtigung an ihrer Kaufkraft gemessen.

Wenn Leute während der Coronaepidemie versuchen, neue Räume, die den Anforderungen der Epidemie gerecht werden, zu entdecken, sie sich anzueignen und zu beleben, zeigt sich der lebensfeindliche Charakter gentrifizierter moderner Räume umso deutlicher. Diese Räume bleiben leer, weil eine Nutzung ausgehend von Interessen jenseits des Konsumzwangs und kommerzieller Verwertung durch ihre Architektur und karge Aura erschwert wird. Ausdruck davon ist auch die auffällig starke Überwachung und Disziplinierung dieser Räume. Renovierte oder neu konzipierte Plätze sind zunehmend videoüberwacht, bewusst überschaubar und ohne Nischen gestaltet, um in ihrer Übersichtlichkeit besser kontrollierbar und «sicherer» zu sein. Wegweisungen und Überwachung des öffentlichen Raums intensivierten sich während der Krise vielerorts. Die Instrumente dafür (Beispielsweise digitale Bewegungsprofile oder Drohnenüberwachung) waren schon vor der Covid-Krise bekannt. Doch verstärkt sich nun die bedrohliche Vorstellung der neuen Werkzeuge, die zur Kontrolle öffentlicher Räume eingesetzt werden. Schleichend etablieren sie sich als Mittel, die über den «Ausnahmestand» hinaus angewendet werden könnten.

Im öffentlichen Raum stehen sich die Interessen und Bedürfnisse der Nutzenden und die Verwertungslogik des Kapitalismus gegenüber. Entgegen der Instrumente kommerzieller Aufwertung und gentrifizierender Verdrängung des Kapitals, versuchen sich die Leute neue Räume anzueignen und diese nach ihren Interessen, lebensfreundlich und über die bloße Arbeits- und Konsumorientierung hinaus zu gestalten. Aus der Perspektive des Kampfes gegen kapitalistische Stadtentwicklung ist es wichtig, auch in diesen Räumen präsent zu sein. Denn nicht selten äussern sich in den Konflikten, die im öffentlichen Raum entstehen Widersprüche, welche die fortschreitende Kapitalisierung der Stadt und den Klassencharakter der Verdrängung offenlegen. Dabei können Räume als Orte des Austauschs und der Begegnung, aber auch als Orte des Widerstands und der Kämpfe funktionieren.



«Steigerung der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit» – Die SBB Immobilien AG sieht ihre Projekte als treibende Faktoren für eine «smarte Schweiz».



Schön zynisch: «Ihr regionaler Partner für den nachhaltigen Bau» vs. Kämpfe verbinden: Solitranspi zum Weltkobane-Tag in der ZAD.

WALDBESETZUNG IN DER WAADT

«Für mich ist Ökologie etwas Übergreifendes»

In der ersten Zone à défendre (ZAD) der Schweiz kämpft eine Gruppe junger AktivistInnen für die Erhaltung eines ökologisch wertvollen Hügels gegen den weltgrössten Betonkonzerns LafargeHolcim. Wir sprachen vor Ort mit einer Aktivistin.

(fk) Mormont, ein Hügel zwischen Eclépens und La Sarraz im Kanton Waadt: Ein Ort, der Widersprüche sichtbar macht und zeigt, dass Kämpfe verbunden werden müssen: Wenn zwischen Vogelgezwitscher ab und an eine Detonation aus der Mine die Idylle zerreisst; Wenn hinter den schweren Baggern, die in der Mulde Geröll herumschieben, Steinböcke den Hang hinaufwandern; Wenn im Werk Tag und Nacht die Arbeitenden die Mühlen am Laufen halten und nebenan der Dorfkern ausstirbt; Und nicht zuletzt, wenn VertreterInnen der kurdischen Freiheitsbewegung sich mit den AktivistInnen vor Ort über die Machenschaften von LafargeHolcim in Syrien (und anderswo) austauschen.

Kannst du uns etwas zur Besetzung, zur ZAD, sagen? Wer seid ihr als Kollektiv?

Wir sind eine Gruppe von Leuten verschiedenster politischer Hintergründe, die sich entschieden hat, mit der ZAD diesen Hügel, der durch die Expansion des Steinbruchs zerstört werden soll, zu besetzen. Dies tun wir einerseits mit unserer physischen Präsenz, andererseits damit, dass wir etwas Neues kreieren: eine Art von Organisation, die nicht-hierarchisch, feministisch und anti-rassistisch ist.

Wie reagiert die lokale Bevölkerung auf euch und auf die Mine?

Viele Leute kommen weiterhin zum Spazieren hierher oder unterstützen uns z.B. mit Essen – das macht Freude. Natürlich ist es nicht mit allen gleich. In Bezug auf die Mine sind die Meinungen gespalten, denn sie soll Geld bringen für die Gemeinde. Die Steuereinkünfte sind aber

minim, da LafargeHolcim ihren Sitz in Zug haben.

Mit den LandwirtInnen ist das Verhältnis manchmal schwierig. LafargeHolcim verpachtet ihnen Land, das wiederum die meisten von ihnen jedoch nur unfreiwillig an den Konzern abgetreten haben. Nur unter Druck der örtlichen Regierung – der Gemeindepräsident ist von der FDP – wurden die Flächen verkauft.

Grundsätzlich leistet die Region aber Widerstand gegen die Expansion der Mine und solidarisiert sich mit der «Association pour la Sauvegarde du Mormont» – einer Organisation zum Schutz des Gebietes. Ihre Kritik gilt den Emissionen und der Zerstörung der Umwelt. Wir befinden uns hier in einem Durchgangsgebiet für Steinböcke und neben anderen seltenen Pflanzen finden sich hier mehrere vom Aussterben bedrohte Orchideenarten!

Was ist denn für dich Ökologie im politischen Sinne?

Für mich ist Ökologie etwas Übergreifendes, das alle Bereiche des Lebens berührt. Somit soll sie auch nie einzeln betrachtet werden sondern immer in Verbindung mit anderen politischen Bereichen. Das ist auch, was wir hier versuchen wollen. Bis jetzt sind wir uns auf Ökologie fokussiert. Aber wir wollen klar auch andere Probleme des Kapitalismus – Ungleichheit, Ungerechtigkeit – und die Gestaltung eines antikapitalistischen Lebens thematisieren. In unseren Beziehungen zueinander, wie wir mit Privateigentum umgehen, wie wir kommunizieren etc., versuchen wir das hier auch zu leben. Vor kurzem haben uns VertreterInnen der kurdischen Bewegung besucht. In Syrien hat LafargeHolcim dem IS Schutzgeld gezahlt und damit dessen Ausbreitung begünstigt. Das unterstreicht die Fronten, und die Gemeinsamkeit unserer Kämpfe. Wir wollen auch ein Ort werden, wo diese Kämpfe vereint werden. Und wo wir darüber nachdenken, wie man das am besten macht.

Erst gerade gab LafargeHolcim bekannt, dass sie die ZAD nicht tolerieren werden. Damit seid ihr

jetzt akut räumungsbedroht. Was ist eure Perspektive und wie gedenkt ihr, Widerstand zu leisten?

Bis jetzt hatten wir Glück. Andere ZADs oder ähnliche Kämpfe im Ausland wurden zum Teil komplett demontiert. Während uns hier die Polizei sogar alles Gute wünscht, wenn sie ab und zu vorbeischaud – völlig irrsinnig. Nun, jetzt fängt es sicher bald an, unangenehm zu werden. Aber das ist ja auch normal. Mit dem haben wir gerechnet. Und wir versuchen so gut wie möglich, bereit zu sein. Das Schwierigste ist, dass sich viele Leute spontan anschliessen und damit nicht alle immer auf dem Laufenden sind, wie am besten Widerstand geleistet werden kann. Über den Umgang mit den Installationen, die wir haben, wie «Skyport», «Treeport», oder wie man klettert, um im Baumhaus zu sein, sodass die Polizei ein schweres Spiel hat, müssen wir die Leute schneller informieren können.

Was sind die Momente, die Erfahrungen, die du mitnimmst, auch über diesen Kampf hinaus?

Oh es gab so viele! Ich muss sagen, es ist etwas vom Besten, was ich je gemacht habe. Man lernt so viel und das ist ein ganz anderes Lernen als z.B. an der Uni. Einfach mit Leuten, die einigermaßen gleich denken, ein Projekt aufzubauen, macht Freude. Wenn man Dinge erreicht; wenn man ganz konkrete komplizierte Probleme gelöst hat; wenn man merkt, wie nahe man diesen Menschen gekommen ist durch dieses Projekt. Wenn man einen Tag nachhause geht und zurückkommt und so viele neue Dinge sieht, die geschaffen wurden in der Zwischenzeit. Es ist richtig schön, dass alle autonom einen Weg finden um aus diesem Ort etwas zu machen.

Die ZAD de la Colline freut sich über solidarischen Besuch und man kann sie mit Material unterstützen. Ihr Ziel ist auch, ein Begegnungsort und Raum für Diskussion zu sein. Bleibt auf dem Laufenden unter: www.orchidees.noblogs.org

MERKE

In dieser Rubrik zeigen wir euch Bilder von Bullen. Die Anonymität ist eine ihrer Waffen. Merkt euch darum ihre Gesichter. Je besser und schneller wir sie an Demos und Aktionen erkennen, umso schwerer machen wir ihnen ihre Arbeit und schützen uns selber vor Repression. Schickt uns eure Fotos!



Markus Holenstein, Chef des Sonderkommissariats bei der Stadtpolizei Zürich.



Dieser gehört zur Abteilung von Hollenstein und tritt gerne provozierend auf bei Einsätzen.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Briefkasten von Thales Defence gesprengt

In der Nacht auf den 6. November haben wir an der Binzstrasse 18 in Zürich den Briefkasten der hiesigen Defence-Abteilung der Thales Gruppe, dem 8. grössten Rüstungskonzern der Welt, gesprengt.

Mit unserer Aktion reißen wir uns in die vielfältigen Aktivitäten rund um die internationalistische Aktionswoche gegen den türkischen Faschismus und seine europäischen SponsorInnen ein.

Thales, und mit ihr der französische Staat als Hauptaktionär, spielt für die Modernisierungsbestrebungen der türkischen Rüstungsindustrie eine zentrale Rolle. Seit über 25 Jahren strategisch in der Türkei investiert, trägt Thales entscheidend zu diversen Projekten bei, die die türkische Armee in ihren zahlreichen Angriffskriegen unterstützen sollen. Dafür arbeitet Thales eng mit den grössten türkischen Rüstungsunternehmen zusammen, etwa mit Aselsan in der Entwicklung und Produktion von Raketenwerfer-Systemen und Infanterie-Helmkameras oder mit TAI für das Satelliten-System Gökürk. Beide Unternehmen sind symbiotisch eng mit der Bande um Diktator Erdogan verbunden.

Diese Bande - geschwächt von Wirtschaftskrise, inneren und äusseren Zewürfnissen, Corona-Krise und nicht zuletzt durch den trotz massiver Repression anhaltendem Widerstand fortschrittliche Teile der Bevölkerung - hat längst keine andere Option mehr, als den Krieg. Durch Öffnung immer weiterer Fronten versucht der türkische Faschismus von seiner Schwäche abzulenken und durch expansionistische Träumereien nationalistische Gefühle zu mobilisieren.

Dass angesichts dieser kriegesischen Aussichten die grossen europäischen Rüstungskonzerne nicht nebenan stehen wollen, versteht sich von selbst. Das Geschäft mit dem Krieg in all seinen Formen, ist in der zunehmend krisengeschüttelten kapitalistischen Barbarei sowas wie der Gold-Standard garantiert lukrativer Investments. Allein Thales weist in ihrem letztjährigen Geschäftsbericht eine Steigerung von satten 20% in seiner Rüstungssparte aus, in den sogenannten Emerging Markets lag der Zuwachs gar bei 50%.

Doch die Träume der Investment-Abteilungen der Rüstungskonzerne, ebenso wie jene des türkischen Regimes, werden über länger oder kürzer am Widerstand der Völker zerschellen. Ein System, das sich nur durch Kriege und Versklavung über Wasser halten kann, das zum Reichtum einiger das Elend vieler bedarf, hat keine historische Perspektive.

Hingegen haben jene Kräfte, die sich dem türkischen Faschismus und seinen Verbündeten - von den IS-Schlächtern bis zu den EU-Regierungen - entgegenstellen die Geschichte auf ihrer Seite. Ihr Widerstand, ihr Mut für eine Gesellschaft der freien Menschen zu kämpfen - als Guerillaeinheiten in den Bergen, als Volkskomitees in Rojava, als InternationalistInnen in den imperialistischen Metropolen - wird siegen. In der Ruhe dieser Gewissheit setzen wir heute diesen kleinen aber lauten Akzent!

Es gibt kein ruhiges Hinterland: Krieg dem Krieg! Fight for Rojava!



Maskenverweigerung als Symbol des Widerstandes, Turbinenplatz in Zürich, 2020.

PANDEMIE

Das Virus und seine SkeptikerInnen

Das Aufkommen des neuen Corona-Virus konfrontiert uns nicht nur schlagartig mit neuen Erscheinungen wie gesperrten Grenzen, geschlossenen Schulen, Polizeistunden und Notrecht. Auch die sogenannten Corona-SkeptikerInnen sorgen für Diskussionen. Der Versuch einer Analyse.

(agafz) Die Corona-Pandemie ist ein gefundenes Fressen für Verschwörungserzählungen. Allen diesen Erzählungen gemein ist, dass sie Zufall ausschliessen. Hinter allem stehen demnach StrippenzieherInnen, welche die Welt mit einem Masterplan lenken. So muss auch die gegenwärtige Pandemie das Werk von bösen Machenschaften sein. Ganz nach dem Motto «cui bono», zu deutsch «wer profitiert», wird eine Indizienkette von hinten aufgebaut und so Schuldige benannt. Die Liste von Verschwörungsmythen rund um Sars-CoV-2 scheint demnach inzwischen auch so lange zu sein wie die Mutationen dieses Virus selbst. Sie reichen vom Glauben, das Virus existiere gar nicht, über die Behauptung, es wurde von einem Labor in Wuhan bewusst in die Welt gesetzt bis hin zur Vorstellung, Bill Gates wolle die Menschheit mittels Zwangsimpfung einen Chip implantieren, um weltweite Kontrolle auszuüben. AnhängerInnen solcher Mythen beanspruchen zudem für sich, die einzigen zu sein, welche kritisch denken. Ihr «kritisches Denken» hat aber in Tat und Wahrheit nichts mit einer wissenschaftlichen Meinungsbildung zu tun, wo überprüfbare Hypothesen und Theorien aufgestellt, verifiziert oder verworfen werden. Sie verwenden diejenigen Zahlen, Statistiken und Argumente, die ihnen gerade am besten in den Kram passen. Andere, ihrem Weltbild widersprechende Fakten werden einfach ignoriert. Mit diesem Vorgehen werden Argumentationsmuster geschaffen, welche auf einer scheinbar faktenbasierten Objektivität beruhen.

Erwachte und schlafende Schafe

Die Bewegung der Corona-SkeptikerInnen in der Schweiz besteht gewiss nicht nur aus überzeugten VerschwörungstheoretikerInnen. Angesprochen von den Protesten fühlen sich vor allem Personengruppen, die tatsächlich auch materiell überdurchschnittlich von den Auswirkungen der derzeitigen Pandemie betroffen sind. Zum einen ist dies das Kleinbürgertum, welches schon generell, bedingt durch die Krise des Kapitalismus, unter Druck steht. Die KleinbürgerInnen sind nicht oder nicht vollständig darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, gehören aber auch nicht zur Bourgeoisie. Der drohende Verlust von Errungenschaften, wie Eigenheim oder des eigenen Geschäfts, führt zu Existenzängsten. Auf der einen Seite steht das Monopolkapital, welches ihnen die Lebensgrundlage entzieht, und auf der anderen Seite die Gewerkschaften und linken Parteien, welche sich ebenfalls nicht in den Dienst der KleinbürgerInnen stellen. Eine gemeinsame und vereinende Identität, wie das Proletariat sie besitzt, hat das Kleinbürgertum nicht. Das einzig Einende sind diffuse Sorgen und Abstiegsängste. Diese Frustrationen haben sich lange aufgestaut und finden nun ein passendes Ventil. Das neue Corona-Virus gibt dem Kleinbürgertum ruckartig einen gemeinsamen Nenner,

den es vorher nicht hatte. Die Protestkultur – gegen Bern, gegen den Bundesrat, gegen das BAG, ja zum Teil gar gegen den Kapitalismus – ist identitätsstiftend und gibt den KleinbürgerInnen ihre individuelle und eigene Ausdruckweise. Die Überzeugung, angebliche Zusammenhänge in der Krise durchschaut zu haben, während der grosse Teil der Gesellschaft sich wie «schlafende Schafe» verhält, generiert zudem ein Gefühl von Gemeinschaft mit Gleichgesinnten.

Diese angebliche Fundamentalopposition zum Staat und seinen Institutionen macht es aber auch für Teile des Proletariats attraktiv, sich den Corona-Protesten anzuschliessen. Wo mangels linken Angeboten und Erklärungsansätzen die Perspektive fehlt, scheint der Reiz gross zu sein, auf den Zug der Corona-SkeptikerInnen und deren angebliche Systemkritik aufspringen, um sich Gehör zu verschaffen.

Was den Organisationsgrad anbelangt, ist die Bewegung sehr heterogen. Es gibt viele Einzelpersonen, welche jeweils an den Demonstrationen und Kundgebungen teilnehmen, sich darüber hinaus allerdings nicht weiter organisieren oder zur Thematik betätigen. Die am besten organisierte und strukturierte Gruppierung in den Corona-Protesten sind die ImpfgegnerInnen. Diese gab es auch schon vor der Pandemie und sie können nun auf bereits vorhandene Strukturen zurückgreifen.

Agitationsfeld für Rechtsextreme?

Ein grosser Unterschied der Anti-Corona-Bewegung in der Schweiz im Vergleich zu derjenigen in Deutschland ist die Beteiligung von organisierten Rechten und Neonazis. In Deutschland ist die organisierte Rechte stark in den Protesten gegen die Corona-Massnahmen verankert. Sie kann die dort stattfindenden Demonstrationen und Kundgebungen regelmässig öffentlichkeitswirksam für sich vereinnahmen. So drängen im Rahmen eines Protests im August in Berlin die Rechten bis zum Reichstag vor und besetzten diesen symbolisch – unter wehenden Reichsflaggen.

Auch bei den Mobilisierungen in der Schweiz ist eine gewisse Anschlussfähigkeit nach rechts zu erkennen. So waren vereinzelt Reichsflaggen und andere rechte Fahnen präsent. Der bekannte Neonazi Ignaz Bearth und andere eindeutig als Rechte identifizierbare Personen waren wiederholt anzutreffen. Die Affinität der Bewegung zum rechten Spektrum ist also bestimmt nicht abzustreiten. Doch den organisierten Rechten in der Schweiz gelang es bisher glücklicherweise nicht, die Bewegung der Corona-SkeptikerInnen in der Schweiz zu vereinnahmen.

Auch eine vermeintliche Bruchposition mit dem Staat, wie sie in Deutschland zumindest auf rhetorischer Ebene zu beobachten ist, ist unter den Schweizer Corona-SkeptikerInnen deutlich weniger ausgeprägt. Ein Erklärungsansatz hierfür könnte darin liegen, dass die Bevölkerung in der Schweiz mittels Initiativen, Referenden und Abstimmungen zumindest scheinbar stärker in die Realpolitik eingebunden wird. Die von Rechten in Europa immer wieder hochgepriesenen direktdemokratischen Mechanismen in der Schweiz also.



Antirassistische Demo am 21. Juni 2020 in Brasília, während der Corona-Pandemie, auch gegen Bolsonaro gerichtet.

BRASILIEN

Wunschkandidat der Märkte

Wir beleuchten die ökonomische Situation in Brasilien unter der Regierung Bolsonaros, die Bedeutung des Freihandels im Dienste des Imperialismus sowie auch einzelne Verflechtungen mit dem Schweizer Kapital.

(agkkzh) Mit der Wahl von Jair Bolsonaro des Partido social de Liberal (PSL) im Jahr 2018 zum Präsidenten, kam dieser als Hoffnungsträger der Finanzmärkte an die Regierungsspitze, nachdem seine Kandidatur anfänglich eher belächelt wurde und ihm keine grossen Chancen zugesprochen wurden. Der erzreaktionäre Bolsonaro gewann im zweiten Wahlgang und erhielt 55.1% der Stimmen, Hadad von der PT 44.9%. Schon im Wahlkampf versprach Bolsonaro eine «Säuberung, wie sie in Brasiliens Geschichte noch nie vorgekommen ist» - diese Drohung richtet sich gegen alle fortschrittlichen Kräfte und politische GegnerInnen und mit einem klaren Plan, die Reaktion in ganz Brasilien durchzusetzen. Als Liebling der Märkte, so gelobt durch die Deutsche Bank oder The Economist, hat Bolsonaro keine Zeit verstreichen lassen, um seine im Wahlkampf angekündigten Versprechen umzusetzen. Bolsonaro hofiert die Rüstungs- und Agrarlobby, erklärt der gesamten Linken den Krieg und bekämpft die indigene Bewegungen.

Freihandel im Dienste des Imperialismus

Im September 2020 hat Frankreich sein Veto gegen das 2019 ausgehandelte Handelsabkommen zwischen der EU und dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur eingebracht. Mit dem Vertrag wollen die Europäische Union sowie Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay die größte «Freihandelszone» der Welt aufbauen. Wobei Brasilien gut drei Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung des Mercosur erarbeitet und somit ökonomisch und politisch eine Führungsposition einnimmt.

Als Grund für die ablehnende Haltung Frankreichs wird die verstärkte Abholzung des Regenwaldes angegeben, die entscheidende Rolle spielen aber ökonomische Interessen. Denn mit der Stärkung des brasilianischen Agrarsektors bekommt Frankreich in diesem Bereich, zum Beispiel beim Zuckerrübenbau und Rindfleisch, erhebliche Konkurrenz und muss mit starken Einbussen rechnen. Unbesehen von diesen Widersprüchen zementiert diese Vereinbarung die Stellung des Mercosur im imperialistischen Sinne als Rohstofflieferant und Absatzmarkt für Industrieprodukte aus Europa. Bolsonaro auch als der Präsident der Agrarkonzerne und Grossgrundbesitzer.

Der brasilianische Agrarexport, insbesondere der des Sojaanbaus, führt zur Verstärkung der Abholzung des Regenwalds mittels Brandrodung. Die Schutzrechte der indigenen Bevölkerung werden systematisch mit Füßen getreten, die Bewegung der LandarbeiterInnen ohne Boden, Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST) wird immer wieder von der Polizei und Milizen der Grossgrundbesitzer angegriffen. Der Schweizer Firmen wie Syngenta sind die Nummer 1 in Brasilien, was ihren Marktanteil betrifft von 18% betrifft, und sie generieren einen Absatz von 1.6 Mia Dollars.

In keinem anderen Land werden mehr Pestizide versprüht als in Brasilien, und Syngenta ist sehr in diesen Giftgeschäften involviert. Viele der Pestizide sind in der EU und in der Schweiz verboten. Wiederkehrende Recherchen von NGOs zeigten, wie verschachtelt die Zusammenhänge sein können; So wird Syngenta auch verurteilt als Auftraggeberin für den versuchten Mord an Landlosen und KleinbäuerInnen in den Jahren 2015/2018. Bayern Chemie Konzern verkauft 12 Agrargifte, die in Europa als

verbotene Wirkstoffe gelten. BSAF vertreibt sogar 45 Produkte die in Deutschland als gefährlich eingestuft sind.

Nicht umsonst hat Bolsonaro der Agrarindustrie wichtige Posten in seiner Regierung verschafft. Wirtschaftsminister Paulo Guedes war in der Zeit der Militärdiktatur in Chile Dozent an der Universidad de Chile und vertritt die gleichen wirtschaftspolitischen Interessen wie sein Boss Bolsonaro. In Chicago lernte der Student Guedes radikale Deregulierung und den Ausverkauf jeglichen Staatseigentums.

Kapitalexport

Die Schweiz ist pro Kopf der Bevölkerung die Nummer 1 bei den Direktinvestitionen und der achtgrösste Direktinvestor am gesamten Weltkapitalstand. Der Kapitalexport nach Brasilien umfasst 10,5 Milliarden Franken, über 60'000 Menschen arbeiten dort für Schweizer Firmen. Dass Brasilien ein wichtiger Handelspartner, ist auch aus der langen Liste der Firmen, die die Handelskammer Brasilien – Schweiz in Sao Paulo aufführt. Diese Liste umfasst alle wichtigen Schweizer-Multis oder Multis, mit Firmensitzen in der Schweiz: ABB, Clariant, Nestlé, Syngenta, Novartis, Roche, Zurich Insurance Group und viele andere.

Im ökonomischen Kampf um die Aufteilung der Welt unter der imperialistischen Bourgeoisie ist der Kapitalexport eine besonders scharfe Waffe. Mit anderen Worten, kapitalistische Direktinvestitionen sind ein zentraler Teil der Globalisierung. Wenn also von Imperialismus, der Aufteilung der Welt und von Ausbeutung die Rede ist, muss zwingend der Kapitalexport thematisiert werden. Insbesondere in der Schweiz, denn sie ist sehr stark am Kapitalexport beteiligt. Die Schweizer Multis sind in ihrem Konkurrenzkampf um Marktanteile und Profit stark abhängig davon, im Ausland produzieren zu können. Seit den 80er Jahren wird mehr Kapital exportiert als importiert.

Was ist mit Kapitalexport gemeint?

Kapitalexport liegt vor, wenn im Ausland eine Tochtergesellschaft oder Filiale gegründet, allenfalls ausgebaut wird; oder ein Gemeinschaftsunternehmen gebildet wird; oder mindestens 10% Kapital von einem ausländischen Unternehmen erworben wird; oder in Fabrikationsanlagen und Grundstücke etc. investiert wird, allenfalls Kredite an Konzerne oder an Staaten – durch Kauf von Obligationen – gewährt werden. Dies mit folgender strategischer Zielsetzung: Steigerung der Profitmasse und Erhöhung der Profitrate.

1. gibt es die Absatzorientierung von Kapitalexport. So sollen neue Auslandsmärkte erschlossen oder bestehende Marktanteile vergrössert werden. Das bedeutet gleichzeitig, den Markteintritt feindlicher Unternehmen zu verhindern.
2. sollen die sogenannten ‚Arbeitskosten‘ gesenkt werden, also die sogenannten ‚standortspezifische Wettbewerbsvorteile‘ ausgenutzt werden. Primär tiefere Löhne und schlechtere soziale Bedingungen der ArbeiterInnen, dann auch tiefere Transport- und Energiekosten, weniger Steuern.

Dass auch der Schweizer Staat als Investor (Kanton Zürich) auftritt, wurde bereits in einer früheren Zeitungsangabe des aufbau geschildert (Artikel von der Az im April 2019)

Die Flughafen Zürich AG betreibt nicht nur den Flughafen in Zürich, sondern beteiligt sich auch an anderen Flughäfen. Aufgrund der rücksichtslosen Investitionsstrategie gehört die Aktiengesellschaft zu den wichtigsten europäischen Flughafen-Betreibern in Lateinamerika – all dies mit freundlicher Unterstützung des Kantons Zürich, der hier mit 33.3% Aktien ein zentraler Aktionär der Flughafen Zürich AG, knapp 5 % der Aktien sind im Besitz der Stadt Zürich. Der Kanton segnete in den vergangenen Jahren die Investitionsstrategie im Ausland ab. In ganz Lateinamerika ist die Flughafen Zürich AG an inzwischen acht Flughäfen beteiligt, die sie wahlweise selbst betreibt oder Anteilsscheine daran besitzt. Vier davon liegen in Brasilien. Dank den Liberalisierungen unter Bolsonaro konnte sie bisher öffentliche Flughäfen nach Ausschreibungen in Privatbesitz übernehmen.

Durch neu ausgeschriebene Infrastrukturprojekte bis 2022 ist auch in Zukunft viel Kapital gefragt im Bereich der Energie wie Öl, Gas als auch Strassen und weiteren Flughäfen.

Rüstung und Rüstungspolitik

Insgesamt 17,8 Milliarden Euro, will der ehemalige Militär Bolsonaro im kommenden Jahr für die «Verteidigung» des Landes ausgeben. Schon lange rüstet Brasilien auf. Den Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI zufolge gab Brasília 2019 26,9 Milliarden US-Dollar für das Militär aus und belegte Platz elf der Länder mit den höchsten Ausgaben weltweit. Der Bau des ersten Atom U-Boots etwa, das in Kooperation mit Frankreich entwickelt wird, war schon von der «sozialdemokratischen» Regierung Luiz Inácio Lula da Silvas beschlossen worden. Das heisst, der Militäretat wird im Vergleich zum Vorjahr um rund 803 Millionen Euro erhöht. Dies in einem Land, in dem 15% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben.

Auch der in Zürich beheimatete Rüstungskonzern Rheinmetall profitiert von diesen Rüstungsexzessen. Über die geschäftliche Beziehungen zwischen Rheinmetall und der brasilianischen Rüstungsfirma Avibras soll das Feuerleitsystem Fieldguard zum Raketenwerfer Astro I geliefert werden.

Der mit Abstand größte Teil der Militärausgaben fliesst direkt in die Geldbeutel der Klientel Bolsonaros. Denn fast 80% des Budgets verschlingen die Gehälter des Militärpersonals und fürstliche Pensionen für ehemalige Offiziere wie Bolsonaro selbst. Seit 1998 bezieht der im Alter von 33 Jahren, mit nur 15 Dienstjahren pensionierte Hauptmann, eine Rente von monatlich rund 1.600 Euro, zusätzlich zu seinen Bezügen und Privilegien als ehemaliger Abgeordneter und aktueller Staatspräsident. Der Mindestlohn im Land beträgt hingegen etwa 168 Euro.

Die Ziele einer nationalen Rüstungspolitik werden oft als Antwort auf Bedrohungsszenarien verkauft. Trotz der Rivalität zu Argentinien sieht sich Brasilien seit den 1960er Jahren keiner unmittelbaren Bedrohung gegenüber. Eine breit gefächerte Rüstungsindustrie soll die eigene Armee unabhängig von Waffenimporten machen. Grundlage dafür sind die Verschmelzung von den Idealen der Nationalen Sicherheit, geostrategische Machtinteressen, Wirtschaftswachstum und technologische Innovationen. Darüber hinaus existiert nach wie vor auch ein innerer Feind, die «Subversion», gegen den das Militär in Stellung gebracht wird. Einige Rüstungsprojekte, besonders Flugzeuge, gelten der Aufstandsbekämpfung. Die schwach besiedelten Landesteile im Amazonasgebiet bleiben jedoch ein potentielles Guerillagebiet.



Die Indigene Brigade der EPP posiert mit Gewehr, Pfeil und Bogen.



Kämpferinnen der paraguayischen Volksarmee beim Verlesen eines Communiqués.

DIE PARAGUAYISCHE VOLKSARMEE

Zwei ermordete Mädchen und ein entführter Ex-Vizepräsident

Vor drei Monaten wurde der ehemalige Vizepräsident Paraguays, Óscar Denis von der paraguayischen Volksarmee EPP (Ejército del Pueblo Paraguayo) entführt. Dem voraus ging die Ermordung zweier Mädchen durch die Streitkräfte Paraguays.

(agkkzh) Die paraguayische Volksarmee ist eine der jüngsten Guerillaorganisationen Südamerikas. Während sich die meisten anderen bewaffneten Organisationen Lateinamerikas im Auflösungs- und/oder Kapitulationsprozess befinden, startete die EPP 2008 den bewaffneten Kampf im Nordosten Paraguays. Wie kam es zu dieser azyklischen Entwicklung?

Im April 2008 gewann Fernando Lugo, ehemaliger Bischof und Befreiungstheologe, die Präsidentschaftswahlen in Paraguay. Zusammen mit der patriotischen Allianz für den Wandel (APC), einer Sammelbewegung aus sozialen Bewegungen und Parteien aller politischen Richtungen, beendeten sie damit die 61-jährige Herrschaft der rechten Colorado Partei. Sie versprachen der Bevölkerung eine grundlegende Landreform, denn in Paraguay ist das Landproblem nach wie vor einer der bestimmenden Faktoren der Lebensbedingungen des Grossteils der Menschen. Das Land gehört überwiegend einer kleinen, reichen Minderheit. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der landlosen Bauern, lebt hingegen in grossem Elend. Etwa 85% des Bodens, zirka 30 Millionen Hektar, befinden sich in den Händen von nur zwei Prozent der Bevölkerung. 80% des Ackerlandes Paraguays sind mit Sojabohnen bepflanzt, auf welche keine Exportsteuern erhoben werden. Vom Sojageschäft profitieren vor allem brasilianische Kolonisten, die 80% der Sojafarmer ausmachen, sowie globale Agro- und Chemieunternehmen wie Monsanto, Syngenta oder das Schweizer Rohstoffunternehmen Glencore, die mit dem Soja-Handel und dem Verkauf von Düngemitteln und Pestiziden eine goldene Nase verdienen.

Die Folgen des Sojaanbaus sind grossflächiger Einsatz von Pestiziden, die Mensch und Umwelt vergiften, sowie die Vertreibung von Indigenen und kleinbäuerlichen Landwirtschaftsbetrieben. In den letzten 30 Jahren, seit dem Ende der Diktatur, haben Soldaten und Paramilitärs fast 100.000 Kleinbauern und Indigene von ihrem Land vertrieben und über hundert ihrer Sprecherinnen ermordet. Die Grundlage für die immensen Monokulturen schuf der deutschstämmige Diktator Stroessner, der von 1954 bis 1989 mit eiserner Hand regierte. Im Rahmen einer «Landreform» in den 1960er-Jahren verteilte er über 12 Millionen Hektar Land an Freunde aus Militär, Politik und Wirtschaft.

Entstehung der EPP

In diesem Kontext und dem der mörderischen Repression des Staates ist auch das Auftreten der Guerillagruppe paraguayische Volksarmee (EPP) zu betrachten. Als die Regierung sieben Monate nach Amtsantritt keinen Schritt in Richtung Landreform unternommen hatte, kündigte die EPP an, zu den Waffen zu greifen, um die Regierung zur Erfüllung ihres Versprechens zu zwingen. Sie riefen das Volk auf, das Land in die eigenen Hände zu nehmen, eine Agrarreform von unten durchzuführen und diese mit allen Mitteln zu verteidigen. Darauf hin kam es zu mehreren gewaltsamen Landbesetzungen.

Die EPP agiert hauptsächlich in den ländlichen Provinzen Concepción und San Pedro im Nordosten des Landes. In diesen Regionen lebt über 50% der Bevölkerung unter

der Armutsgrenze und hat weder ausreichend Ernährung noch medizinische Versorgung: So sind über 40% der Kinder unterernährt. Ihren Ursprung hat die Guerilla jedoch bereits in den 90er Jahren. Der Sturz der Stroessner-Diktatur 1989 führte zu einer raschen Entwicklung zuvor verbotener linken Gruppen. So entstand 1990 die Bewegung freies Heimatland MPL (Movimiento Patria Libre), die sich 2002 zur Partei konstituierte und aus deren bewaffnetem Arm später die paraguayische Volksarmee hervorging. Ideologisch ist die EPP eine marxistisch-leninistische Organisation, mit Einflüssen des Guevarismus und Adaptionen der revolutionären Ideen Rodríguez de Francia's, dem Vater der paraguayischen Unabhängigkeit.

Seit ihrer Gründung, und auch schon davor, arbeitete die EPP eng mit anderen lateinamerikanischen Guerillaorganisationen zusammen. Eine davon ist die Patriotische Front Manuel Rodríguez (FPMR), eine städtische Guerillabewegung in Chile, die während der Diktatur von Augusto Pinochet (1973-1990) gegen das Militärregime kämpfte. Von der FPMR sollen Mitglieder der EPP ihre erste militärische Grundbildung erhalten haben. Eine weitere und wichtigere Verbindung ist die zu den revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC-EP), die ihnen beim Aufbau ihrer Organisation halfen.

Weitere Guerillagruppen

Seit der Gründung der EPP entstanden zwei weitere Guerillagruppen. Einerseits der bewaffnete Bauernverband ACA (Asociación Campesina Armada), der sich 2014 zusammenschloss und die Armee des Marschall López EML (Ejército del Mariscal López) die sich 2016 gründete. Auch diese Organisationen operieren vorwiegend im Nordosten des Landes und schliessen sich nach eigenen Worten dem Ziel der EPP an, den Reichen die Macht zu entziehen, das Land aus den Fängen des Yankee-Imperialismus zu befreien und den Sozialismus zu etablieren.

Nach mehreren erfolgreichen Aktionen der Guerillas, rief die paraguayische Regierung 2013 die Joint Task Force FTC (Fuerza de Tarea Conjunta) ins Leben, eine militärische Eliteeinheit, die der Guerillagruppen ein Ende setzen sollte. Die Aktionen der FTC waren ein Grund dafür, dass sich die EPP eine Zeitlang zurückhielt. Dies änderte sich jedoch 2016 mit einem Angriff auf einen Militärlastwagen, bei dem acht Soldaten getötet wurden.

Zur Repression seitens des Staates kommen noch deren Verflechtungen mit dem US-Imperialismus in Form des Südkommando der Vereinigten Staaten hinzu, welches in der Region unter dem Vorwand agiert ein weiteres Kolumbien verhindern zu wollen. Im Nordwesten des Landes unterhält die US-Armee den riesigen Militärstützpunkt Mariscal Estigarribia. Dessen strategische Bedeutung sich aus seiner Nähe zu Bolivien mit seinen Erdgas-, Erdöl- und Lithiumreserven, seiner Nähe zu den Acuífero Guaraní, eines der drei größten Trinkwasserreservoirs der Welt und seiner Nähe zum Dreiländereck Paraguay, Brasilien und Argentinien ergibt. Ein im Jahr 2005 geschlossener Vertrag der USA mit Paraguay sichert den amerikanischen Soldaten für begangene Straftaten völlige Straffreiheit vor paraguayischen Gerichten zu. Diese Zusammenarbeit beinhaltet unter anderem auch die Nutzung der Abhörtechnologie der US-Drogenvollzugsbehörde DEA zur Bespitzelung der EPP.

Aktuelle Entwicklungen

Am 2. September griff die Spezialeinheit FTC ein Lager der paraguayischen Volksarmee in den Wäldern Concepción an. Paraguays Präsident Mario Abdo Benítez, Sohn des Privatsekretärs des ehemaligen Diktators Alfredo Stroessner, dessen Partei seit 1947 mit einem kleinen Unterbruch 2008 an der Macht ist, liess sich am Tatort mit den Militärs in Siegerpose fotografieren. «Wir haben eine erfolgreiche Operation gegen die EPP durchgeführt. Nach einer Konfrontation wurden zwei Mitglieder dieser bewaffneten Gruppe getötet. Ein Offizier ist verwundet», twitterte Abdo am selben Tag. Wie sich kurze Zeit später herausstellte, handelte es sich bei den durch zahlreiche Schüsse getöteten um zwei elf- und zwölfjährige Mädchen. Beide waren Töchter der Eppisten Osvaldo Villalba und Liliana Villalba. Noch am Tag ihres Todes wurden sie auf richterliche Anweisung auf einem nahegelegenen Friedhof begraben. Als Begründung für die rasche Beerdigung diente die Corona-Pandemie. Doch als drei Tage später die Identität der Mädchen bekannt wurde und dass sie die argentinische Staatsangehörigkeit besaßen, schaltete sich sofort das argentinische Ausserministerum ein, sorgte für Öffentlichkeit und verlangte Aufklärung.

Der grösste Coup

Am 9. September, sieben Tage nach der Ermordung der Mädchen, gelang der EPP einer der grössten Coups seit ihrer Gründung, die Entführung des ehemaligen Vizepräsidenten Oscar Denis Sanchez. Die Entführung fand am Mittwochnachmittag, rund 20 Kilometer vom gestürzten Lager der EPP entfernt, auf seiner Ranch statt. Zusammen mit dem Ex-Vizepräsidenten wurde auch ein indigener Mitarbeiter Sanchez' entführt, welcher jedoch fünf Tage später wieder freigelassen wurde. In Oscar Denis' Lastwagen hinterliessen sie Flugblätter mit der Unterschrift einer indigenen Brigade der EPP und der Forderung, dass seine Familie Lebensmitteln und Hilfsgüter im Wert von zwei Millionen Dollar an 40 Bauerngemeinschaften im Norden verteilen, sowie dass die sich derzeit in Haft befindenden Gründerinnen der EPP, Carmen Villalba und Alcides Oviedo Brítez freigelassen werden sollen. Die paraguayische Regierung entsandte daraufhin mehr als 800 Soldaten, zusammen mit kolumbianischen Experten, um nach Oscar Denis zu suchen. Am 20. November kam es dabei zu Zusammenstössen zwischen den Soldaten der FTC und einer Einheit der EPP. Die Soldaten der Spezialeinheit trafen auf ca. acht Militante der EPP, bei den darauffolgenden Schusswechsel starben drei Guerilleros, darunter Lucio Silva, ein langjähriges Mitglied und ehemaliger Bauernführer, die restlichen Kämpfer konnten fliehen. Die Gefallenen wurden später als Teil der Einheit identifiziert, welche den Ex-Vizepräsidenten entführt hatte. Von ihm fehlt jedoch bis heute jede Spur.

Diese Entführung reiht sich in eine Reihe von Entführungen, Erpressungen in Form von Revolutionssteuern und Anschlägen auf die paraguayische Oligarchie und steht im Zusammenhang mit den Kämpfen der landlosen Bauern um den Boden auf dem sie arbeiten und leben. Sie ist eine Antwort auf die Vergiftung ländlicher Gemeinden durch Pestizide. Eine Antwort auf die Ermordung der Bauern durch die Polizei und paramilitärischen Gruppen der Grossgrundbesitzer. Sie ist aber auch ein Versuch, ihren Einfluss auf andere Bereiche des Volkes auszuweiten, um so, in einem langandauernden Kampf, die politische Macht zu erobern und mit dem Aufbau des Sozialismus voranzuschreiten.

INTERVIEW

Was die Jugend antreibt

Klimabewegung, feministische Kämpfe, Antirassistische Proteste: Diese und viele andere Bewegungen waren in den letzten Jahren in der Schweiz im öffentlichen Raum präsent. Von einer eigentlichen Jugendbewegung kann nicht, oder nur teilweise, gesprochen werden. Aber immer waren Jugendliche und junge Menschen als treibende Kräfte mit dabei.

(gpw/agbs/agw) In der Schweiz gibt es mittlerweile viele linke revolutionäre Jugendgruppen. Einige davon gibt es seit mehreren Jahren, andere erst seit Kurzem. Wir haben vier von ihnen angeschrieben und wollten von ihnen wissen, wer sie sind, was sie antreibt und was für Aktivitäten sie betreiben. Befragt wurden die Revolutionäre Jugend Zürich (RJZ), eine Jugendgruppe aus Bern, das Revolutionäre Jugendbündnis Winterthur (RJBW) und die Revolutionäre Jugend Basel (RJB). In jeder aufbau-Nummer drucken wir eines dieser Interviews ab. Letztes Mal machten wir mit der RJZ den Anfang. Nun folgt das Interview mit der Revolutionären Jugend aus Basel. Die RJB gibt es seit ungefähr zwei Jahren. Unsere Fragen beantworten die 18-jährige Rosa und der 20-jährige Max.

Was hat euer Interesse für revolutionäre Politik oder Politik allgemein geweckt und geprägt?

Rosa: Ein wichtiger Einfluss war meine Mutter, sie hat mir wichtige Sachen beigebracht und mich und meine Einstellung zur Welt sehr geprägt.

Max: Ich komme auch aus einem politischen Elternhaus. Schon früh bemerkte ich im Alltag Ungerechtigkeiten, auf die man einfach keine Antwort findet in der Realpolitik. Das brachte mich dazu nach Alternativen zu suchen.

Welche politischen Erfahrungen habt ihr gemacht, bevor ihr der Revolutionären Jugend beigetreten seid? Wart ihr schon vorher organisiert?

R: Ich war vorher noch nicht organisiert und wirkliche Erfahrungen in diese Richtung machte ich keine. Ich ging an Demos mit Freunden, es kam auch zu ersten Konfrontationen mit der Polizei, aber mehr war da nicht.

M: Ich war vorher auch noch nie organisiert. Man ging zusammen mit Freunden an Demonstrationen. Ich habe auch gelesen, theoretische Sachen, aber Anschluss in der Bewegung habe ich damals nicht gefunden. Darum bin ich sehr froh, dass die Jugendbewegung heute gefördert wird.

Was hat euch dazu bewogen einer Organisation beizutreten?

R: Nach «Basel Nazifrei» habe ich mich damit zum ersten Mal auseinander gesetzt. Ich und ein guter Freund merkten, dass wir uns gerne organisieren würden. Wir waren der Ansicht, dass wir so weiter kommen und mehr erreichen können. Wir fanden in unserem Freundeskreis keinen Anschluss, um über dieses Thema zu reden, weil sie nicht wirklich interessiert waren. Wir waren alleine unterwegs, haben Anschluss gesucht und nichts gefunden. Er ging dann in die RJB. Später stiess ich dazu, vor allem durch ihn, weil er mich darauf angesprochen hat.

M: Zusammenhänge und Freundeskreise zusammenfanden und sich organisierten. Im Vergleich zu anderen Städten gab es in Basel zu dieser Zeit wenig organisierte Jugendliche und wir merkten, dass etwas fehlt. So fing das an.

Was ist anders wenn man organisiert ist?

R: Wenn man sich organisiert, setzt man sich intensiver und aktiver mit einem Thema auseinander. Es ist spannend sich mit anderen Menschen auszutauschen. Sachen zu planen, organisieren und Ideen umzusetzen die man alleine nicht anpacken kann.

M: Wenn man alleine unterwegs ist, dann gibt es irgendwo eine Grenze wo man nichts mehr gross erreichen kann. Man ist besser vernetzt mit anderen Organisationen und Teilen der revolutionären Linken.

Welche Themen interessieren euch am meisten?

M: Revolutionärer Antifaschismus und Klassenkämpfe beschäftigen mich sehr, auch wenn die ja in der Schweiz nicht immer sehr präsent sind. Wo es internationale Ansätze gibt, verfolge ich das sehr aktiv. Es ist wichtig für die linke Bewegung, dass man nahe bei den ArbeiterInnen ist und deren Kämpfe unterstützt.



Basel-Nazifrei-Demonstration in Basel mit grosser Beteiligung der RJB

R: Internationale Frauenkämpfe interessieren mich sehr. Antikapitalismus lässt sich sehr gut damit verbinden.

Wie würdet ihr eure Organisation beschreiben und wie würdet ihr revolutionär definieren?

M: Wir haben verschiedene ideologische Standpunkte. Wir haben Menschen bei uns mit kommunistischen und anarchistischen Positionen aber auch solche, die sich noch nicht ideologisch festgelegt haben. Was uns verbindet ist eine Unzufriedenheit über den Kapitalismus und das aktuelle System. Wir definieren uns als revolutionär, weil wir uns selber organisieren und keinen Sinn sehen in der reformistischen Politik die im System stattfindet. Wir stellen gegenüber dem Staat die Machtfrage und arbeiten auf einen radikalen Umbruch in der Gesellschaft hin.

R: Für mich ist man revolutionär in dem Moment wo man mehr macht als nur links eingestellt zu sein. Wo man aktiv wird und das was man denkt auch ausprobiert und umsetzt.

Könnt ihr beschreiben, was für Leute bei euch mitmachen?

R: Wir sind alle zwischen 13 und 22 Jahren, der Durchschnitt liegt bei ca. 18 Jahren. Wir gehen zur Schule, arbeiten, machen Zivildienst oder Militär. Wir sind eine Gruppe von motivierten Frauen und Männern. Wir sind viel mehr Frauen geworden in letzter Zeit.

Was sind eure Ziele in nächster Zeit, wo wollt ihr hin als Gruppe?

M: Wir sind eine relativ junge Gruppe und wachsen immer noch. Ein wichtiges Ziel ist, uns ideologisch zu festigen und als Gruppe auftreten zu können. Wir wollen Politik betreiben, die nahe an den Jugendlichen präsent ist.

R: Ich denke ein kurzfristiges Ziel ist sicher auch sich besser zu vernetzen, sei es mit Zürich, sei es mit Winterthur. Mehr in Kontakt, mehr gemeinsame Sachen machen.

Könnt ihr erzählen in was für Bereichen und Tätigkeiten ihr involviert seid?

M: Neben den Gesamtsitzungen gibt es bei uns verschiedene Untergruppen. Zu Antikapitalismus, Antifaschismus, lokalen Brennpunkten, Stadtentwicklung oder Internationalismus. Dort beschäftigt man sich dann mit aktuellen Ereignissen und und bringt sich ein, ich jetzt persönlich mit «Basel Nazifrei». Wir leisten Recherchearbeit in dem Bereich, aber revolutionärer Antifaschismus muss aktiv und auf der Strasse erkennbar sein.

R: Die «AG Lokal» beispielsweise kümmert sich um lokale Angelegenheiten. Momentan gibt es z.B. eine Massenkundigung in Basel. Dann setzen wir uns damit auseinander. Sachen auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene wo wir uns dagegen wehren. Eine AG arbeitet vor allem für die feministischen Streiks und Kämpfe, da versuchen wir natürlich auch mit anderen Frauen aus der ganzen Schweiz zu kooperieren.

Was waren die Herausforderungen, mit denen ihr euch im letzten Jahr seit der Gründung befassen musstet?

M: Als Struktur funktionieren wir gut. Wir haben aktive Sitzungen und einen guten Austausch. Wir haben gute Kontakte zu den verschiedenen organisierten Personen und Gruppen. Mit losen, unorganisierten Strukturen haben wir auch Differenzen und von da kommt teilweise

auch Kritik.

R: Eine Schwierigkeit war, dass anfangs wenig Frauen in der RJB waren, weil sie vielleicht den Anschluss nicht gefunden haben. Das ist jetzt auf jeden Fall nicht mehr so, es hat einen extremen Aufschwung von Frauen gegeben, die jetzt sehr aktiv sind.

Mit welchen anderen revolutionären Kräften in Basel und schweizweit habt ihr Kontakt?

M: Zur RJZ, die uns auch zu unserer Anfangszeit aktiv unterstützt hat, und zu anderen Jugendgruppen. Wir sind Teil von lokalen und überregionalen Bündnissen. Im Antifa-Bereich haben wir Kontakte in andere Städte. Namentlich mit Strassburg pflegen wir engen Kontakt und besuchen sie auch öfter.

R: Erwähnen kann man auch das revolutionäre Frauenbündnis, da ist sicher Winterthur und Zürich noch mit drin.

Wie ist euer Verhältnis zu anderen Bewegungen, wie zum Beispiel Klimabewegung, Frauenstreik, etc.?

M: Wir haben versucht an Klima-Demos in Basel einen Antikapitalistischer Block aufzubauen und das hat auch einige Male relativ gut funktioniert, da sind viele Leute mitgelaufen. Wir haben aber auch Kritik vom Klimastreik bekommen.

R: Trotz dieser Kritik hat man viel Positives bewirkt, zum Beispiel Leute, die jetzt Teil der RJB sind, sind durch den Klimastreik auf uns aufmerksam geworden. Vor allem durch unser kämpferisches, revolutionäres und starkes Auftreten. Beim Frauen*streik und 8. März sind wir in verschiedenen Bündnissen und Aktionseinheiten aktiv und auch beim Klimastreik sind einzelne von uns dabei. Bei Black Lives Matter laufen die Kontakte hauptsächlich an den Demos.

Was macht ihr als Gruppe für den Zusammenhalt und die gemeinsame Entwicklung?

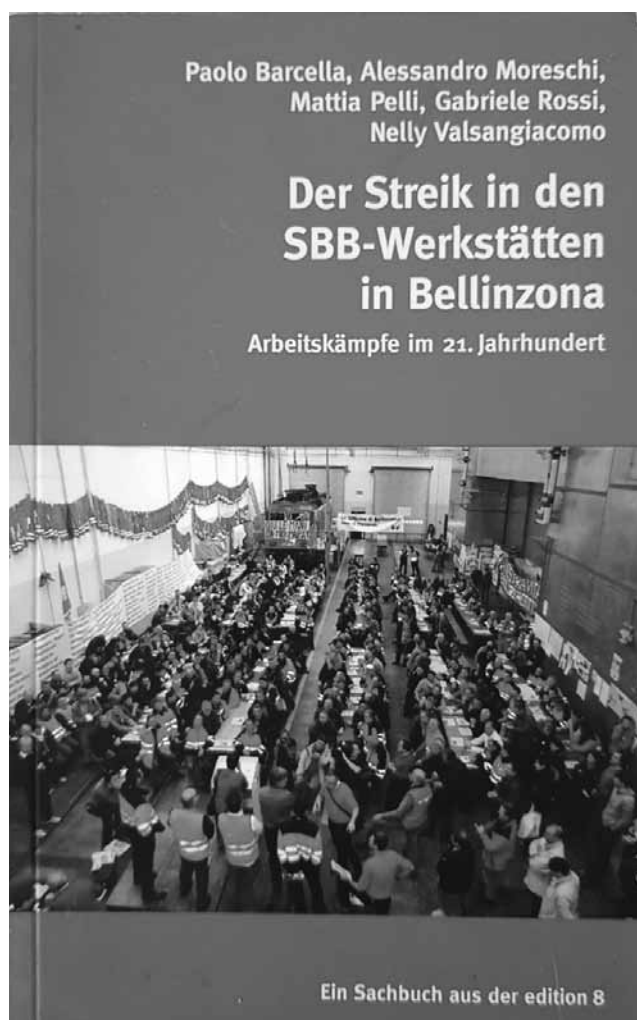
M: Verschiedene Schulungen sind in Planung. In den AGs wird auch viel gelesen, man tauscht sich aus. Es ist natürlich auch ein gemeinsames Sozialleben vorhanden, sei es im Sport oder Ausgang.

Warum denkt ihr braucht die Jugend eine eigene Struktur?

R: Es ist wichtig, dass die Jugend in Basel endlich eigene Strukturen hat. So kann man sich mit kollektiver Politik auseinander setzen, vieles kann man alleine nicht erleben. Sich gemeinsam weiterbilden und auch voneinander lernen, im theoretischen wie auch im praktischen Bereich ist sehr wertvoll. Die Jugend ist in gewissem Masse Zukunft und darum ist die Jugendbewegung wichtig.

Gibt es zur Zeit oder in der jüngeren Vergangenheit Bewegungen die euch beeinflussen?

M: Man hat sicher auch Einflüsse von vergangenen Bewegungen, man nimmt das wahr. Es gibt viel historisches was für uns interessant ist, aber direkten Bezug dazu gibt es nicht. Ich glaube was uns eher prägt sind Kämpfe oder Aufstände die aktuell stattfinden, z.B. mit den Gilets Jaunes oder in Griechenland wo es zu Organisationen in grösserer Form gekommen ist.



Der Streik in den SBB Werkstätten in Bellinzona. Arbeitskämpfe im 21. Jahrhundert.

Mit einer beispiellosen Entschlossenheit kämpften die Arbeiter (es waren ausschliesslich Männer) der SBB-Cargo 2008 in Bellinzona gegen die Betriebsverlagerung nach Yverdon. Diese Verlagerung hätte das Aus für mehr als 400 Tessiner Arbeitsplätze bedeutet. Mehr als einen Monat wurde gestreikt und die Belegschaft besetzte die Fabrik. Einer der längsten und härtesten Streiks der letzten Jahrzehnte fand damit vor zwölf Jahren ein riesiges Echo und bezog den gesamten Kanton mit ein – es gelang, den Streik zu einer Frage von öffentlicher Bedeutung zu machen. Diese Ausweitung, dass der Kampf zu einer politischen Angelegenheit einer ganzen Region wurde, fusste auf dem Prozess des Streikkomitees, also der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe der Werk tätigen innerhalb dieser Fabrik. Nicht der Gewerkschaftsapparat war federführend, sondern die Lohnabhängigen selbst. Die Gewerkschaft war in jener Rolle, den Prozess von aussen zu unterstützen. Das Erfolgsrezept – der Streik galt letztlich als voller Erfolg – lag in der Entschlossenheit der Werk tätigen sowie der politischen Ausweitung über den ganzen Kanton. Dabei spielte das Frauenkollektiv, die «Officina Donna» eine sehr wichtige Rolle. Dieser Streik könnte zwölf Jahre später durchaus in Vergessenheit gegangen sein. Das Buch «der Streik in den SBB Werkstätten in Bellinzona» von Paolo Barcella, Alessandro Moreschi, Mattia Pelli, Gabriele Rossi und Nelly Valsangiacomo erschien 2018 auf Italienisch und wurde 2020 auf Deutsch übersetzt. Es richtet sich an eine italienische LeserInnenschaft, die die Streikkultur und -geschichte der Schweiz nicht unbedingt kennt. Dabei wird der Bellenzer Arbeitskampf in ebendiese Geschichte eingebettet; Werk tätige, AktivistInnen und GewerkschafterInnen kommen ebenso zu Wort, wie dass Dynamiken rund um den Streik beschrieben werden. Das Buch taugt also durchaus als eine Einführung in die Thematik Arbeitskampf generell und auch in lokaler Streikgeschichte.

Paolo Barcella, Alessandro Moreschi, Mattia Pelli, Gabriele Rossi, Nelly Valsangiacomo: **Der Streik in den SBB Werkstätten in Bellinzona. Arbeitskämpfe im 21. Jahrhundert.** Aus dem Italienischen übersetzt von Ruedi Graf. ISBN: 978-3-85990-369-2



Peter Schaber: Die Überwindung der kapitalistischen Moderne.

Spätestens seit dem Kampf um Kobane ab Ende 2014 ist der Kampf der kurdischen Bewegung (wieder) zu einem konstanten Bezugspunkt der politischen Widerstandsbewegung geworden. In Rojava konkretisiert sich ihre Perspektive – demokratischer Konföderalismus, Frauenbefreiung und Ökologie – seit Jahren ganz praktisch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. All das geschieht nicht aus dem Nichts, sondern entwickelt sich aus der politischen Philosophie, die in allererster Linie von Abdullah Öcalan entwickelt wurde, und aus der organisatorischen Kraft der PKK, welche diese Philosophie zur Veränderung der Welt umzusetzen weiss. Wer in Rojava war, mit kurdischen GenossInnen sprach oder Veranstaltungen zum Thema besuchte, weiss, wie zentral das politische Denken Öcalans für die Bewegung ist – geduldig und genau wird erklärt, wie sie sich aus der Analyse der vergangenen Jahrtausende menschlicher Existenz nährt. Peter Schaber, Redakteur beim Lower Class Magazine und Internationalist, der 2017 im Shengal-Gebirge war und sich an der Befreiung Raqqa beteiligte, leistet mit seiner Aufarbeitung im vorliegenden Buch eine wesentliche Übersetzungs- und Vermittlungsarbeit dieses Denkens. Es kommt nicht von ungefähr, dass Nick Brauns in der Jungen Welt und Kerem Schamberger auf ANF-News dieses Buch, welches die wohl erste umfassende schriftliche Einführung in das Werk Öcalans in Deutsch darstellt, besprechen und loben. Denn die Originalschriften von Apo sind sperrig, geschrieben im Knast von Imrali unter widrigsten Bedingungen, ohne die Möglichkeit, sich Notizen zu machen oder mit anderen auszutauschen, was sich im Text entsprechend niederschlägt. Schaber schält die wesentlichen Elemente dieses Denkens heraus, stellt sie in Verhältnis zu den Überlegungen anderer PhilosophInnen und weist nach, wie das resultierende Werk – in Theorie und Praxis – zum roten Faden des revolutionären Prozesses beiträgt, gerade auch nach der historischen Niederlage der Linken Ende der 1980er.

Peter Schaber: **Die Überwindung der kapitalistischen Moderne. Eine Einführung in die politische Philosophie Abdullah Öcalans,** Unrast-Verlag 2020. ISBN: 978-3-89771-082-5.



Mafalda

Quino ist tot, seine Heldin Mafalda ist längst gestorben. Es wäre deshalb eine gute Gelegenheit, die Comicsstrips, die ursprünglich zwischen 1964 und 1973 publiziert worden sind, neu aufzulegen. Im deutschsprachigen Raum sind sie nämlich seit Jahren ausverkauft und wer sie lesen möchte, muss dies online tun. Mafalda, das kleine stämmige Mädchen mit der Schlaufe im Haar, war für viele von uns eine wichtige und nachhaltige Begleitung. Als Kind mochten wir sie und als Erwachsene mochten wir sie wieder, aus anderen Gründen. Quino hatte die seltene Gabe, tiefgründige Botschaften in Kindercomics zu verstecken, ohne dabei übertrieben pathetisch zu werden. Mafalda ist ein ungewöhnliches Mädchen, sie interessiert sich für die Welt und die Eltern versuchen redlich, ihr die Realität zu erklären, stets mit dem gleichen Ausgang: Sie kann es nicht fassen!

Auf ihrem Spielplatz in Buenos Aires ist sie mit einem stereotypen Abbild der Gesellschaft konfrontiert: Manolito, der Krämersohn, denkt nur ans Geld und wie er andere hintergehen kann. Susanita ist die geborene Spiesserin, sie träumt ausschliesslich von einem reichen Ehemann, dem sie Hausfrau sein will, Arme und Schwarze verachtet sie hingegen offen. Felipe ist ein Träumer, der in erfundene Realitäten flüchtet und Libertad ist radikaler und linker als Mafalda. Letztere ist ein wohlbehütetes Mittelstandskind, das sich Sorgen um 'die anderen' oder um die Welt im Allgemeinen macht. Sie diskutiert mit allen, das ist das Grundmuster. Aber ab und zu macht sie auch Banales, wie von einer 6-jährigen nicht anders zu erwarten und immer verachtet sie die Suppe, die die Mutter täglich aufischt.

Wieso hat Quino diese weibliche Figur gewählt? Ein oft wiederkehrendes Thema ist die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Doch ist Mafalda nicht aus lauter feministischer Überzeugung entstanden, sondern als reiner Geldjob. Sie ist als Werbeträgerin für eine Haushaltsgeräte-Marke namens Mansfield ins Leben gerufen worden, Bedingung war, dass diese Geräte vorkommen. Schnell hat sich der Zusammenhang aber verflüchtigt, die Figur entsprach einem grossen Bedürfnis und konnte forthin unabhängig weiter erscheinen und sicherte Quino ein gutes Einkommen. Sie war erfolgreich und beliebt, diese altkluge, nase-wise Göre. Die Jahre der Militärdiktatur (1976-83) verbrachte Quino im Exil. Mafalda hingegen konnte 'bleiben', es wäre höchst kontraproduktiv gewesen, wäre sie verboten worden. Zu weit verbreitet und zu beliebt war sie damals bereits. Quino ist mit 88 in Argentinien verstorben.



ELSA DORLIN

Gewalt ist die Antwort, keine Frage

Die Debatte, ob Gewalt angewendet werden darf oder soll, kennzeichnet unsere politische Kultur. Eine französische Philosophin hat sich dieser Frage nicht gestellt. Für sie ist Gewalt nicht nur systematisch gegeben, sondern auch kulturell tief verankert und sie plädiert auf Selbstverteidigung. Ein notwendiger Schritt hin zur Selbstbefreiung.

(az) Hätte Frantz Fanon zugestimmt, dass ein Artikel über Gewalt auf der Kulturseite zu stehen kommt, sozusagen im Feuilleton des aufbaus? Als Gedankenexperiment geht die Frage durch. Ist Kultur die Gesamtheit gesellschaftlicher Praktiken, der sozialisierten wie der angestrengt erkämpften, oder betrachten wir Kultur klassischer als die Summe der Dinge, die dazu da sind, das Leben zu verschönern oder mit einem kreativen Handgriff aufzuzeigen? Wie deine Antwort auch ausfallen mag, Fanon hätte in Bezug auf Gewalt beides bejaht, denn er beschreibt Gewalt nicht nur als herrschende Kultur im kolonial unterdrückten Algerien, sondern auch als Moment der Selbstermächtigung, notwendig für die Verdammten dieser Erde. Als Moment, in dem das Objekt der Unterdrückung zum Subjekt des Widerstandes wird. Er geht weiter und fordert den Befreiungskrieg, in welchem sich nicht nur das Subjekt, sondern die Gesellschaft befreit.

Emanzipation: handelndes Subjekt werden

Auf der Ebene der philosophischen Grundsatzfrage bewegt sich hingegen das Buch der französischen Philosophin Elsa Dorlin. «Selbstverteidigung: Eine Philosophie der Gewalt». Es dreht sich um die Frage, wem das Recht zugestanden wird, sich selber zu verteidigen, im Gegensatz zu jenen, denen dieses Recht abgesprochen wird. Sie behandelt Gewalt aus dem Standpunkt des Individuums und gelangt zu Aussagen über strukturelle Mechanismen der Entmächtigung, in der sogar die Verteidigung der körperlichen Integrität gegen die Opfer verwendet wird. «Diese Ökonomie der Mittel, die aus dem Verurteilten und, allgemeiner gesagt, aus dem geschundenen Körper, seinen eigenen Henker macht, beschreibt in negativer Form das Charakteristische des modernen Subjekts. Dieses wurde zwar durch seine Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen, definiert, doch wurde diese Fähigkeit zur Selbstverteidigung auch zu einem Kriterium, das dazu dient, zwischen denjenigen zu unterscheiden, die vollgültige Subjekte sind, und den anderen: jenen, bei denen es darum geht, die Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu schwächen und zu zerstören, sie als abwegig und unrechtmässig darzustellen. (...) Wesen zu produzieren, die sich umso mehr zu Grunde richten, je mehr sie sich verteidigen.» Aktuellstes Beispiel ist die Ermordung von George Floyd, über den Dorlin in der FAZ schreibt: «Je mehr er sich verteidigte, desto

mehr starb er.» In ihrem Buch behandelt sie den Fall von Rodney King 1991. Die vier der Polizeigewalt angeklagten Beamten erreichten in erster Instanz einen Freispruch, indem sie die Tatsache, dass King, am Boden liegend, seinen Kopf mit den Armen zu schützen versuchte, als Aggression ausgelegt. Riots waren die logische Folge davon.

Erzählungen aus einer gewalttätigen Welt

Der Drang, sich selber zu verteidigen, galt dem Aufklärer Hobbes noch als Naturrecht, das jedem Menschen gemein ist und deshalb auch für alle gleichermassen legitim. Locke hingegen weitete den Begriff aus und ergänzte den Körper durch den Besitz, gemäss Dorlin der philosophische Ursprung der Hierarchie zwischen jenen, die etwas zu verteidigen haben und das legitimiert tun und den anderen, vor denen der Besitz zu verteidigen ist.

Das eindeutigste Beispiel ist die Sklavenhaltergesellschaft, in der versklavte Menschen sich höchstens retten konnten, wenn sie alles zu erdulden fähig waren, jeder Versuch, sich selbst zu schützen, hiess automatisch ermordet zu werden. Und rassistische Mechanismen, die sich problemlos aus dieser Vergangenheit ableiten lassen, sind in die Ermordungen durch die Polizei nach wie vor eingeschrieben, wie der Fall George Floyd vor Augen führt.

Dorlin erzählt im grossen Bogen Geschichte, von Hobbes bis heute, von den USA, über Europa bis nach Israel, es geht um Rassismus, Sexismus, Homophobie. Klassenhass der Besitzenden ist dabei das Urmotiv, doch kommt dieser in stets gewandelter Form daher.

Weiss, heterosexuell, Kleinbürger

Dorlin ist keine Freundin der abgeschotteten Rückzugsorte ins eigene Kollektiv. «Je mehr man sich vor Unsicherheit schützt, desto mehr verbraucht man die Macht dessen, was eine solidarische «Gemeinschaft» bedeutet, aus der man Stärke und Wut bezieht». Emanzipation bedarf der Wut, die uns antreibt, handelnde Subjekte zu werden. Sie erzählt deshalb mehrheitlich positiv über die Selbstverteidigungsbewegungen von Unterdrückten, die auch Schattenseiten haben kann. So öffnete z.B. die schwule Selbstverteidigung in San Francisco der Gentrifizierung Tür und Tor, als sie homophobe - mehrheitlich afroamerikanische - Randständige von der Strasse fegte. «Be safe! ist das Schlagwort der Immobilienspekulation, die aus dem Rassismus und dem Kampf gegen die homophobe Gewalt ihr trojanisches Pferd macht.» Moralisch gut oder schlecht? Gemäss Dorlin scheiterten zahlreiche Kollektive an diesem Widerspruch und sie beendet das Kapitel mit dem Aufruf zusammenzuhalten, den der Black Panthers-Mitbegründer Huey P. Newton gegen in-

nen, an seine männlichen Genossen, richtete. Er äusserte 1970 angesichts der weit verbreiteten Homophobie und des Sexismus: «Wie wir sehr gut wissen, ist es manchmal unser erster Instinkt, einen Homosexuellen in die Fresse schlagen zu wollen, und zu wollen, dass eine Frau still ist.» Den Wunsch, als «Mann» anerkannt zu werden, verurteilt er nicht, doch bekämpft er ihn. Denn «Mann» bedeutet in dieser Gesellschaft: weiss, heterosexuell, Kleinbürger. Das revolutionäre Subjekt hingegen bricht mit diesen sozialen Konventionen und entlarvt sie als Unterdrückungsmechanismen. Für Revolutionäre liegt deshalb die einzig mögliche Antwort in der Solidarität mit den anderen Objekten der Unterdrückung. In Newtons Worten: «Wir müssen in uns selbst Sicherheit erlangen und so Respekt und Empfindungen für alle unterdrückten Menschen haben.»

Liebe zur Gerechtigkeit

Gewalt, das ist eine Selbstverständlichkeit, ist widersprüchlich, meistens abscheulich. In Frankreich ist Dorlins Buch hoch gelobt und anerkannt, im deutschsprachigen Raum mit Skepsis aufgenommen, den Zwiespalt hält man hierzulande offenbar weniger aus. Ihre politischen Sympathien sind klar, bezeichnet sie sich selbst als post-marxistische Feministin, die sich insbesondere mit Theorien des «black feminism» befasst hat. Sie untersucht Machtverhältnisse, aber solche, die sich in die Kultur eingeschliffen haben und im Körper festgeschrieben sind. Dadurch beweist sich Dorlin als postmodern geschulte Philosophin, die Judith Butler ihre Mentorin nennt, doch schreibt sie in einem völlig anderen Stil als letztere. Sie bedient sich in den meisten Fällen historischer Erzählungen, sie bleibt am Beispiel, um ihre Gedanken zu begründen. Das macht das Buch, obwohl ein Philosophie-Werk, sowohl ziemlich einfach zugänglich, als auch abwechslungsreich. Und sie wagt etwas, was wenige wagen: Sie spricht über Gewalt, ohne sich dem hegemonialen Diskurs zu beugen. Was sie interessiert und was sie verurteilt, ist die Unterdrückung. In den Worten von Robert F. Williams ausgedrückt: Selbstverteidigung ist nicht «Liebe zur Gewalt», sondern «Liebe zur Gerechtigkeit». Sicher, das ist ein billiger Trick und PazifistInnen nennen genauso «Gerechtigkeit» als ihr Ziel. Doch behandelt dieses Buch nicht dieses Dilemma und genauso wenig, ob revolutionäre Gewalt richtig oder falsch ist. Es sagt nur: Um eine gewaltfreie Gesellschaft erreichen zu können, muss zwingend der Widerspruch zwischen jenen, die Gewalt ausüben dürfen und den anderen, die Gewalt über sich ergehen lassen müssen, aufgelöst werden. Ein Auflösungsprozess, von dem wir als aufbau denken, dass er nicht gewaltfrei möglich sein wird.

Elsa Dorlin (2020). Selbstverteidigung: Eine Philosophie der Gewalt. Suhrkamp, ca. 43.-

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5 Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.